

Jahresfinanzbericht 2009
Einzelabschluss



MATERNUS®

INHALT

- 2 Bericht des Aufsichtsrats
- 5 Corporate-Governance-Bericht

Lagebericht

- 12 Wirtschaftsbericht
- 24 Nachtragsbericht
- 24 Risiko- und Prognosebericht

Abschluss

- 32 Bilanz
- 34 Gewinn- und Verlustrechnung
- 36 Entwicklung des Anlagevermögens

Anhang

- 38 Anhang
- 51 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 52 Abkürzungsverzeichnis

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm während des Geschäftsjahres 2009 die ihm nach Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben, insbesondere die Überwachung der Geschäftsführung, wahr. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Dabei war der Aufsichtsrat in alle Entscheidungen, die für ein Unternehmen von grundlegender Bedeutung sind, eingebunden.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich der Aufsichtsrat in insgesamt fünf ordentlichen Sitzungen vom Vorstand eingehend über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft sowie wichtige Geschäftsvorfälle unterrichten lassen. Die Sitzungen fanden am 06. Februar 2009, am 24. April 2009, am 12. Juli 2009, am 14. September 2009 und am 27. November 2009 statt. Zwei Mitglieder nahmen an drei Sitzungen nicht teil. Interessenkonflikte bei Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 nicht aufgetreten.

Über den Gang der Geschäfte, die Lage der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere die Vermögens-, Liquiditäts- und Ertragslage sowie über alle grundsätzlichen Fragen der Unternehmensplanung der Gesellschaft und über Entwicklungen und Vorhaben, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung waren, hat der Vorstand den Aufsichtsrat ergänzend zu den Aufsichtsratssitzungen im Grundsätzlichen regelmäßig schriftlich und weiterhin den Aufsichtsratsvorsitzenden laufend mündlich informiert. Dies schloss die detaillierte Berichterstattung über die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften der MATERNUS-Gruppe ein.

Der Aufsichtsratsvorsitzende führte ferner im Besonderen mit dem Vorstand regelmäßig Informationsgespräche über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage sowie über wesentliche Geschäftsvorfälle. Dabei wurde ihm auch Einblick und Zugang zu den Geschäftsunterlagen gewährt. So zeigte beispielsweise die Überprüfung der Versicherungsverträge Verbesserungspotenziale auf.

Schwerpunkte der Aufsichtsratssitzungen

In seinen Aufsichtsratssitzungen befasste sich der Aufsichtsrat anhand der Berichterstattung des Vorstands ausführlich mit wichtigen Geschäftsvorfällen. Im Geschäftsjahr 2009 hat der Aufsichtsrat folgende Themen in seinen Sitzungen behandelt:

- Jahresabschluss und Konzernabschluss sowie Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2008
- Hauptversammlung 2009
- Unternehmensplanung, Konzernstrategie und finanzielle Situation der Gesellschaft, insbesondere Geschäftsentwicklung des Konzerns und der Gesellschaft sowie Budgets
- Investitionsmaßnahmen
- Stand der Rechtsangelegenheiten / laufenden Verfahren
- Innere Organisation, Personalentwicklung / -situation
- Corporate-Governance-Kodex
- Immobilientransaktion für die MATERNUS-Klinik in Bad Oeynhausen

Personalia

Der Aufsichtsrat besteht aus zwölf Mitgliedern und setzt sich gemäß § 96 Abs. 1 AktG in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Mitbestimmungsgesetz je zur Hälfte aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Besetzung des Aufsichtsrats veränderte sich im Jahr 2009 nicht.

Gegen die Wahl der Arbeitnehmervertreter vom 25. Januar 2008 ist Anfechtungsklage vor dem Arbeitsgericht Hannover eingereicht worden. Das Gericht hat einen weiteren Kammertermin auf den 21. Mai 2010 anberaumt.

Ausschüsse

Der Aufsichtsrat verfügt über drei Ausschüsse:

- Der Präsidiumsausschuss (vier Personen) sowie der Personalausschuss (drei Personen), traten im Geschäftsjahr 2009 jeweils einmal zusammen. Schwerpunkte ihrer Beratungen waren Vorstandsverträge sowie die Wahl des Abschlussprüfers und Konzernabschlussprüfers.
- Der Vermittlungsausschuss (vier Personen) trat im Berichtsjahr nicht zusammen.

Alle weiteren Themen wurden im Plenum des Aufsichtsrats beraten und entschieden.

Sofern bei der Geschäftsführung zustimmungspflichtige Geschäfte anfielen, wurde der Aufsichtsrat hierüber rechtzeitig in Kenntnis gesetzt und er hat nach eigener Prüfung der Entscheidungsgrundlagen über die Zustimmung Beschluss gefasst. Zustimmungspflichtigen Geschäften wurde zugestimmt.

Besetzung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2009 gab es keine Veränderungen in der Besetzung des Vorstandes.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat befasste sich mit der Umsetzung des Deutschen Corporate-Governance-Kodex. Der Kodex dokumentiert wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften und enthält international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Vorstand und Aufsichtsrat haben im April 2010 ihre gemeinsame jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und Lagebericht sowie den übrigen offen zu legen-

den Unterlagen im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht und ist auf der Website der MATERNUS-Kliniken AG unter www.maternus.de veröffentlicht.

Die MATERNUS-Kliniken AG folgt bis auf einige Ausnahmen diesen Empfehlungen. Die Abweichungen wurden in der Entsprechenserklärung angegeben und erläutert.

Jahres- und Konzernabschluss 2009

Der von der Hauptversammlung vom 13. Juli 2009 gewählte Abschlussprüfer, die FIDES Treuhandgesellschaft KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen hat den Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts sowie den Konzernabschluss einschließlich des Konzern-Lageberichts geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Abschlussunterlagen samt dem Vorschlag des Vorstands zur Ergebnisverwendung und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009 sind dem Aufsichtsrat rechtzeitig vor der Bilanzsitzung zur Prüfung vorgelegt worden. Der Aufsichtsrat hat die Jahresabschlussunterlagen in seiner Sitzung vom 12. April 2010 zusammen mit dem Vorstand und in Anwesenheit des Abschlussprüfers beraten und eingehend erörtert. Der Abschlussprüfer berichtete hierbei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung; dessen Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns wurden ausführlich diskutiert. Nach eigener Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und der Lageberichte durch den Aufsichtsrat haben sich keine Beanstandungen ergeben. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer in der Bilanzsitzung vom 12. April 2010 zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss

der MATERNUS-Kliniken AG damit festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat diesen Bericht geprüft und mit folgendem Bestätigungsvermerk versehen:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

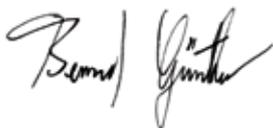
- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin, nicht unangemessen hoch war.“

Der Abhängigkeitsbericht des Vorstands und der hierüber erstattete Prüfungsbericht des Abschlussprüfers wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Kenntnis gebracht. Der Aufsichtsrat hat diese Unterlagen eingehend in seiner Sitzung am 12. April 2010 mit dem Abschlussprüfer erörtert. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand, dem Management und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns seinen Dank für ihren Einsatz und die Leistungen im Geschäftsjahr 2009 aus. Der Aufsichtsrat wünscht ihnen für die weitere Unternehmensentwicklung im neuen Geschäftsjahr viel Erfolg und dankt allen Aktionärinnen und Aktionären für die Treue zum Unternehmen.

Berlin, im April 2010

Der Aufsichtsrat



Bernd Günther
Vorsitzender

Corporate-Governance-Bericht

Das Zusammenwirken von Aktionären, Aufsichtsrat und Vorstand ist bei der MATERNUS-Kliniken AG von Verantwortungsbewusstsein und Transparenz geprägt. Corporate Governance wird von Vorstand und Aufsichtsrat als Bestandteil der Unternehmensführung gesehen, die im Interesse aller Aktionäre auf eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ausgerichtet ist.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat zeitnah, regelmäßig und umfassend über die Strategie des Unternehmens, die Risikolage und die Geschäftsentwicklung. Wesentliche und besondere Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand.

Durch regelmäßige Quartals- und Zwischenberichte werden die Aktionäre über den Geschäftsverlauf informiert.

Die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes werden individuell veröffentlicht. Bei der Vergütung der Mitglieder des Vorstandes wird auf oftmals wenig transparente Aktienoptionen oder vergleichbare Vergütungsbestandteile verzichtet.

Als Kriterium für die Höhe und die Angemessenheit der Vergütung wird u. a. die Gesamtentwicklung des Unternehmens herangezogen.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ergibt sich aus der Satzung der MATERNUS-Kliniken AG und beinhaltet ausschließlich eine Festvergütung.

Vereinbarungsgemäß wird der Aufsichtsrat vom Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich unterrichtet. Der Abschlussprüfer erklärt ausdrücklich seine Unabhängigkeit als Prüfer gegenüber dem Aufsichtsrat. In der Bilanzsitzung berichtet der Abschlussprüfer darüber hinaus ausführlich über das Ergebnis seiner Prüfungen und steht zudem für weitergehende Fragen zur Verfügung.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz:

Vorstand und Aufsichtsrat der MATERNUS-Kliniken AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft entsprach und entspricht den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 18. Juni 2009 bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex“ („Kodex“) in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit den nachfolgend aufgeführten Ausnahmen. Die Regelungen des Kodex, von denen abgewichen wird, sind erläutert:

3.8 Schließt die Gesellschaft für den Vorstand eine D&O-Versicherung ab, ist ein Selbstbehalt von mindestens 10 Prozent des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds zu vereinbaren. In einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat soll ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden.

Die MATERNUS-Kliniken AG trägt den gesetzlichen Anforderungen zur D&O-Versicherung Sorge. Ein Selbstbehalt für Aufsichtsratsmitglieder ist nicht vorgesehen, da aus Sicht der MATERNUS-Kliniken AG dies keine geeignete Maßnahme ist, das Verantwortungsbewusstsein und die Motivation dieses Organs zu steigern.

4.2.3 Die Vergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung auszurichten. Die monetären Vergütungsteile sollen fixe und variable Bestandteile umfassen. Der Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass variable Vergütungsteile grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen soll bei der Ausgestaltung

der variablen Vergütungsteile Rechnung getragen werden. Sämtliche Vergütungsteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein und dürfen insbesondere nicht zum Eingehen unangemessener Risiken verleiten.

Als variable Vergütungsteile kommen z. B. auf das Unternehmen bezogene aktien- oder kennzahlenbasierte Vergütungselemente in Betracht. Sie sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein. Für außerordentliche Entwicklungen hat der Aufsichtsrat grundsätzlich eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) zu vereinbaren.

In Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Regierungskommission sieht die Vergütung der Vorstandsmitglieder fixe und variable Bestandteile in Form einer Tantieme vor. Die Höhe der Tantieme ist an individuell mit jedem Vorstandsmitglied vereinbarte Erfolgsziele gebunden. Aktienoptionen und vergleichbare Gestaltungen für eine variable Vergütung sind mit den Vorstandsmitgliedern derzeit nicht vereinbart.

5.1.2 Er soll gemeinsam mit dem Vorstand für eine langfristige Nachfolgeplanung sorgen.

Der Aufsichtsrat sieht aufgrund der Altersstruktur sowie des Besetzungszeitpunkts des aktuellen Vorstandes derzeit eine langfristige Nachfolgeplanung nicht für erforderlich an.

Eine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder soll festgelegt werden.

Eine feste Altersgrenze für Vorstände der Gesellschaft hält der Aufsichtsrat aus jetziger Sicht für nicht erforderlich. Der Aufsichtsrat entscheidet in jedem Einzelfall über eine neue Bestellung. Das Alter eines Vorstandsmitgliedes ist dabei nur eines unter mehreren Entscheidungskriterien des Aufsichtsrates.

5.3.2 Der Aufsichtsrat soll einen Prüfungsausschuss (Audit Committee) einrichten, der sich insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses soll über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen. Er sollte unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der Gesellschaft sein, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete.

Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance, der Unabhängigkeit der Abschlussprüfer, der Erteilung des Prüfungsauftrages, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung werden im Präsidium erörtert und beraten; ein gesonderter Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates ist hierfür nicht eingerichtet.

5.3.3 Der Aufsichtsrat soll einen Nominierungsausschuss bilden, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt.

Abweichend von Ziffer 5.3.3 hat der Aufsichtsrat der MATERNUS-Kliniken AG keinen Nominierungsausschuss gebildet, da dieser aus Sicht der Gesellschaft nicht notwendig ist.

5.4.1 Bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Dabei soll auch auf

die internationale Tätigkeit des Unternehmens, auf potenzielle Interessenkonflikte und eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder sowie auf Vielfalt (Diversity) geachtet werden.

Das Unternehmen ist nicht auf internationaler Ebene tätig und strebt diese Ausweitung derzeit auch nicht an. Eine feste Altersgrenze für Aufsichtsräte hält der Aufsichtsrat aus jetziger Sicht für nicht erforderlich.

5.4.5 Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht. Wer dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehört, soll insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften wahrnehmen.

Die MATERNUS-Kliniken AG ist der Auffassung, dass ihren Aufsichtsratsmitgliedern ungeachtet einer Tätigkeit als Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft genügend Zeit für die Wahrnehmung ihres Mandates verbleibt, so dass auch mehr als drei Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften durch Aufsichtsratsmitglieder wahrgenommen werden können, die zugleich zum Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft bestellt worden sind.

5.4.6 Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Hauptversammlung oder in der Satzung festgelegt. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens Rechnung. Dabei sollen der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat sowie der Vorsitz und die Mitgliedschaft in den Ausschüssen berücksichtigt werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen neben einer festen eine erfolgsorientierte Vergütung erhalten.

Die verbindliche Regel des Corporate-Governance-Kodex, die Mitgliedschaft in Ausschüssen des Aufsichtsrats in der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder zu berücksichtigen, ist in der Satzung der MATERNUS-Kliniken AG nicht vorgesehen. Auch eine erfolgsorientierte Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird nicht eingeführt.

5.5.3 Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen.

Eventuell auftretende Interessenkonflikte werden im Aufsichtsrat diskutiert und behandelt und führen fallabhängig zu entsprechenden Entscheidungen.

7.1.2 Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahres- und etwaige Quartalsfinanzberichte sollen vom Aufsichtsrat oder seinem Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert werden. Zusätzlich sind die Prüfstelle für Rechnungslegung bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Der Konzernabschluss soll binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende, die Zwischenberichte sollen binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums, öffentlich zugänglich sein.

Der Aufsichtsrat wird in der Regel monatlich über die finanzielle Situation der Gesellschaft unterrichtet, so dass eine weitere Erörterung der Finanzberichte nicht als erforderlich angesehen wird. Die Gesellschaft veröffentlicht den Konzernabschluss binnen 120 Tagen nach Geschäftsjahresende und folgt somit der Regelung im General Standard.

Die MATERNUS-Kliniken AG entspricht und entspricht den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex“ in der Fassung vom 21. Mai 2003, in der Fassung vom 2. Juni 2005, in der Fassung vom 12. Juni 2006, in der Fassung vom 14. Juni 2007, in der Fassung vom 6. Juni 2008 sowie in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit den in der Entsprechenserklärung der MATERNUS-Kliniken AG veröffentlichten Ausnahmen.

Die Entsprechenserklärung und die Erläuterungen sind im Internet auf unserer Homepage www.maternus.de im Bereich Investor Relations veröffentlicht und werden bei Änderungen aktualisiert.

Unternehmensführung und -kontrolle: Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand der MATERNUS-Kliniken AG, der derzeit aus zwei Mitgliedern besteht, ist das Leitungsorgan des Konzerns. Er orientiert sich bei seiner Arbeit an der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes und ist außerdem für die strategische Ausrichtung des Unternehmens, die Planung und Festlegung des Unternehmensbudgets sowie die Kontrolle der Geschäftsbereiche verantwortlich. Dies umfasst auch die Aufstellung der Quartalsabschlüsse des Unternehmens, der Jahresabschlüsse für die MATERNUS-Kliniken AG und den MATERNUS-Konzern. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat der MATERNUS-Kliniken AG besteht gemäß der Satzung aus zwölf Mitgliedern, je zur Hälfte aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmerschaft und verfügt über drei Ausschüsse: Präsidiumsausschuss, Personalausschuss und Vermittlungsausschuss. Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig über die Arbeit an den Aufsichtsrat. Weitere Informationen über den Aufsichtsrat und dessen Ausschüsse finden Sie im Bericht des Aufsichtsrates.

Die Mandate der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf den Seiten 47 bis 48.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns einschließlich Risikolage sowie über das Risikomanagement. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen werden im Einzelnen erläutert. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens wird mit dem Aufsichtsrat erörtert. Für bedeutende Geschäftsvorgänge sind in der Geschäftsordnung Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats festgelegt.

Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht seine Tätigkeit. Er bestellt und entlässt die Mitglieder des Vorstands, beschließt das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder und setzt deren jeweilige Gesamtvergütung fest. Er wird in alle Entscheidungen eingebunden, die für die MATERNUS-Kliniken AG von grundlegender Bedeutung sind.

Etwaige Berater- oder sonstige Dienstleistungsverträge der Gesellschaft mit Aufsichtsratsmitgliedern unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Jahr 2009 bestanden keine Berater- oder sonstige Dienstleistungsverträge der Gesellschaft mit Aufsichtsratsmitgliedern.

Interessenkonflikte von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern sind dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offenzulegen; Konflikte dieser Art traten bislang nicht auf. Ein Aktienbesitz bei Mitgliedern des Vorstands ist nicht gegeben. Zum 31. Dezember 2009 hielt das Aufsichtsratsmitglied Frau Wohlers de Meie 30.634 Stück.

Mitwirkung der Aktionäre: Die Hauptversammlung

Zur Erleichterung der Wahrnehmung ihrer Rechte auf der Hauptversammlung und der Vorbereitung auf diese stellt die MATERNUS-Kliniken AG alle relevanten Berichte und Unterlagen im Internetauftritt der MATERNUS-Kliniken AG (www.maternus.de) bereit. Auf Wunsch werden die Unterlagen auch zugesandt. Die Aktionäre nehmen ihre Entscheidungs- und Kontrollrechte in der alljährlich stattfindenden Hauptversammlung wahr, in der jeder Aktie eine Stimme gewährt wird.

Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl – auch durch eine Vereinigung von Aktionären – ausüben zu lassen. Die Vollmacht bedarf der Schriftform. Die MATERNUS-Kliniken AG erleichtert den Aktionären die Ausübung ihrer Rechte auch in Abwesenheit durch das Angebot der Beauftragung eines Stimmrechtsvertreters. Von dieser Möglichkeit können alle Aktionäre Gebrauch machen, die nicht selbst erscheinen und weder ihre depotführende Bank noch einen sonstigen Dritten mit der Ausübung ihres Stimmrechts beauftragen wollen.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die jährlichen Bezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder setzen sich aus fixen und erfolgsorientierten Vergütungsbestandteilen zusammen. Der erfolgsorientierte Bestandteil der Vergütung der Mitglieder des Vorstands richtet sich u. a. nach der Entwicklung des Unternehmens und wird für jeden Vorstand individuell vereinbart.

Die MATERNUS-Kliniken AG veröffentlicht die individualisierten Bezüge der Vorstandsmitglieder, aufgeteilt nach fester Grundvergütung und erfolgsabhängiger Vergütung im Anhang des Jahresabschlusses.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten gemäß § 10 der Satzung eine feste Vergütung, die jährlich 5.000,00 € für jedes Mitglied, für den stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache und für den Vorsitzenden das Doppelte des vorgenannten Betrages ausmacht. Während des Geschäftsjahres ausgeschiedene Mitglieder erhalten eine zeitanteilige Vergütung.

Abschlussprüfung

Die Hauptversammlung hat am 13. Juli 2009 die FIDES Treuhandgesellschaft KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen, zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 gewählt. Der Aufsichtsrat hat den Prüfer beauftragt und die Prüfungsschwerpunkte festgelegt.

Die FIDES Treuhandgesellschaft KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft erhielt im Geschäftsjahr 2009 im Rahmen der Abschlussprüfungen der MATERNUS-Gruppe ein Honorar in Höhe von 147.000,00 € und für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen 7.000,00 €.

Verantwortungsvoller Umgang mit Risiken

Eine gute Corporate Governance kennzeichnet auch der verantwortungsbewusste Umgang des Unternehmens mit Risiken. Regelungen und Maßnahmen, die die MATERNUS-Kliniken AG im Rahmen des Risikomanagements getroffen hat, sind ausführlich im Kapitel „Risiko- und Prognosebericht“ auf den Seiten 24 bis 29 im Lagebericht dargestellt.

Transparenz und Kommunikation

Die MATERNUS-Kliniken AG hat den Anspruch, dem Finanzmarkt und allen übrigen, an der Entwicklung des Unternehmens, Interessierten umfassende Informationen über die geschäftliche Entwicklung zum gleichen Zeitpunkt zur

Verfügung zu stellen. Unsere offene und faire Kommunikation unterliegt einem stetigen Verbesserungsprozess.

Die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex in ihrer aktuellen Fassung ist ebenfalls im Internet unter www.maternus.de veröffentlicht. Ferner werden dort Ad-hoc-Meldungen nach § 15 Wertpapierhandelsgesetz sowie die nach § 15 a Wertpapierhandelsgesetz meldepflichtigen Wertpapiergeschäfte publiziert. Schließlich werden dort auch wichtige Informationen im Zusammenhang mit der Hauptversammlung in einem eigenen Bericht bekannt gegeben.

Berlin, im April 2010

Vorstand und Aufsichtsrat der
MATERNUS-Kliniken AG



Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009

Wirtschaftsbericht

Unternehmenssituation und Rahmenbedingungen

Die MATERNUS-Gruppe mit Sitz in Berlin konzentriert sich im Bereich des deutschen Gesundheitsmarktes auf den Betrieb von Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen, Rehabilitationskliniken sowie ergänzende Dienstleistungen. Bereits im Dezember 2008 wurde mit dem Hausnotrufdienst in Köln das Angebot für betagte Menschen erweitert. Im Bereich „Stationäre Pflege“ haben wir uns mit unserem marktorientierten Leistungsangebot, hoher Qualität sowie der Fähigkeit, uns aktiv an die veränderten Rahmenbedingungen im Gesundheitssystem anzupassen, als wettbewerbsstarkes Unternehmen etabliert. Aber auch die beiden Rehabilitationskliniken des Konzerns, nämlich die MATERNUS-Klinik in Bad Oeynhausen und die Bayerwald-Klinik in Cham, haben sich inzwischen gut in ihrem Umfeld positioniert. Neben der Integration der MATERNUS-Gruppe in die CURA Unternehmensgruppe bereiten weitere Maßnahmen zur Differenzierung unserer Angebotspalette und die Professionalisierung von Strukturen und Abläufen den Weg für unseren zukünftigen Erfolg.

Schon 2008 zeigte sich die positive Entwicklung unserer wirtschaftlichen Ertragskraft, die 2009 nochmals bestätigt wurde. Wir konnten damit ein Jahr früher als ursprünglich geplant die Gewinnzone erreichen. Dies ist das Ergebnis qualitativer und wirtschaftlicher Strukturen unserer Leistungsentwicklung. Erfolg werden wir nur haben, wenn wir daran festhalten und uns an den Erwartungen und Wünschen unserer Kunden, Bewohner und Patienten orientieren.

Markt- und Wettbewerbsumfeld

Allgemeine wirtschaftliche Lage – konjunkturelles Umfeld

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist von hoher Bedeutung für die Geschäftstätigkeit des MATERNUS-Konzerns. Geprägt wurde das Geschäftsjahr 2009 durch eine schwere globale Wirtschaftskrise, die laut Statistischem Bundesamt zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von minus 5,0 Prozent geführt hat. Die stark exportorientierte Volkswirtschaft der Bundesrepublik spürte die Auswirkungen besonders deutlich. Die Bruttoinvestitionen sanken im Vergleich zum Vorjahr um 12,5 Prozent, die Exporte um 14,7 Prozent.

Weltweit reagierten die Regierungen mit Konjunkturpaketen und die Notenbanken mit einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik, um der Finanz- und Wirtschaftskrise entgegen zu wirken. Die Europäische Zentralbank (EZB) etwa senkte den Leitzins auf ein Rekordtief von 1,0 Prozent. Diese Maßnahmen erschienen nötig angesichts der Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten, welche laut IWF schließlich zu einer Schrumpfung der weltweiten Wirtschaftsleistung von 0,8 Prozent im Jahr 2009 geführt haben.

Nach diesem deutlichen konjunkturellen Einbruch wird jedoch auch unter Experten die Meinung vertreten, dass im Jahr 2010 eine Erholung der weltweiten Wirtschaftsleistung eintritt. So erwartet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland 2010 wieder einen Anstieg des BIP um circa 1,6 Prozent. Zudem sagt der IWF für das weltweite Wachstum 2010 eine Steigerung der Wirtschaftsleistung von rund 3,9 Prozent voraus. Bereits 2011 soll sich dieser Wert auf rund 4,3 Prozent erhöhen.

Branchenbetrachtung

Die MATERNUS-Kliniken AG ist als Betreiber von Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen sowie Rehabilitationskliniken im deutschen Gesundheitsmarkt tätig. Folglich spielen nicht nur der Gesundheitsmarkt im Allgemeinen, sondern vor allem die Teilmärkte der Pflege und Rehabilitation eine wichtige Rolle. Dabei unterscheiden sich die einzelnen Segmente in vielen Punkten wesentlich voneinander. Während im Pflegebereich der demografische Wandel das dominierende Thema ist und schon bald eine Unterversorgung in diesem Bereich herbeiführen könnte, ringt der Rehabilitationsmarkt mit den Auswirkungen verschiedener Gesundheitsreformen. Auf dem Rehabilitationsmarkt gibt es momentan noch Überkapazitäten. Doch die DRG-Statistiken (Diagnosis Related Groups) zeigen einen positiven Trend mit stetig steigenden Fällen nichtoperativer, therapeutischer Maßnahmen, deren Zahl laut Gesundheitsberichterstattung des Bundes 2008 bei 11.377.654 lag (2007: 10.876.491; plus 4,6 Prozent). Außerdem gibt es eine Tendenz zu kürzeren Verweildauern in Akut-Kliniken. Aufgrund dieser Entwicklungen können Reha-Kliniken neue Geschäftsfelder erschließen und ihr Angebot erweitern, wodurch bestehende Kapazitäten optimierter genutzt werden können. Der Branchenmarkt Gesundheit ist dabei grundsätzlich sehr zersplittert, da von der Politik zahlreiche Einzelthemen parallel bearbeitet werden, ohne dass ein tragfähiges, in sich schlüssiges und zukunftsfähiges Gesamtkonzept immer erkennbar ist. Besonders der „Reformstau“ der letzten Jahre und konzeptionelle Konflikte haben maßgeblich dazu beigetragen. Im Folgenden werden die einzelnen Segmente sowie aktuelle Entwicklungen und Tendenzen dargestellt.

Branchenmarkt Gesundheit

Die Gesundheitsbranche ist im Vergleich zu anderen Branchen deutlich weniger konjunktursensitiv – sie gehört sogar zu den stabilsten Wirtschaftsbereichen weltweit. In der deutschen Volkswirtschaft betragen die Ausgaben für das Gesundheitswesen im Jahr 2007 10,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und nahmen damit einen sehr hohen Stellenwert ein. Bis 2020 soll der Anteil am BIP sogar auf bis zu 13 Prozent steigen. Aufgrund des soziodemografischen Wandels und der allgemein steigenden Lebenserwartung der Bevölkerung ist der Gesundheitsmarkt durch ein stabiles Wachstum gekennzeichnet. Denn gerade mit zunehmendem Alter eines Menschen erhöht sich das Risiko, aufgrund von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen im Alltag auf Hilfe angewiesen zu sein. Zudem erhöhen geänderte Familienstrukturen, mit zunehmend mehr berufstätigen Frauen und getrennten Haushalten, d. h. kein Zusammenleben mit den Großeltern unter einem Dach, die Notwendigkeit einer professionellen Pflege und Betreuung.

Gleichzeitig resultiert aus der sich verändernden Altersstruktur der Gesellschaft die Problematik der Finanzierung von Gesundheitsdienstleistungen. Dabei müssen tendenziell weniger Einzahler in die sozialen Sicherungssysteme für immer mehr betagte Leistungsempfänger aufkommen. Aus diesem Grund arbeitet der Gesetzgeber permanent an neuen Regulierungen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Ein Schritt in diese Richtung ist der zum 1. Januar 2009 eingeführte Gesundheitsfonds zur nachhaltigen Finanzierung der Gesundheitsausgaben und der künftigen sozialen Sicherung. Im Zuge dessen gelten für alle Beitragszahler der gesetzlichen

Krankenversicherung (GKV) einheitliche Beitragsätze. Dabei werden Kostensteigerungen aus Haushaltsmitteln des Bundes sowie von Versicherten und Arbeitgebern gleichermaßen getragen. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung im Zuge des Konjunkturpakets II diesen Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von ursprünglich 15,5 Prozent auf 14,9 Prozent gesenkt. Dabei werden 14,0 Prozent von Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch finanziert, 0,9 Prozent muss der Versicherte zusätzlich selbst tragen. Durch die gesetzlich geregelte Finanzierung des Fonds steigt der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Denn nur diejenige Kasse, die weniger Mittel aufbringen muss, kann ihren Mitgliedern Vergünstigungen oder eine Prämienrückerstattung gewähren. Der Gesetzgeber sieht vor, dass Krankenkassen, die ihre Kosten über die Pauschalbeiträge nicht decken können, einen Zusatzbeitrag von bis zu 8 € oder maximal 1 Prozent des Bruttoeinkommens des Versicherten erheben können. Bis spätestens Ende März 2010 müssen laut Bundesversicherungsamt etwa 7 Millionen Versicherte die Extraprämie zahlen. Da die Erhebung dieser zusätzlichen Gebühren die Betroffenen zur sofortigen Kündigung berechtigt, kann es zu Abwanderungen der Versicherten zu einer anderen Krankenkasse kommen.

Daneben werden kostenintensive chronische Krankheiten durch den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) besonders berücksichtigt. So soll dem unterschiedlichen Versorgungsbedarf und der Krankheitsbelastung der Versicherten zwischen den Krankenkassen Rechnung getragen werden, damit Versicherungen mit einer hohen Anzahl an kranken Mitgliedern keine Wettbewerbsnachteile erfahren.

Neueste Entwicklungen für die Gesundheitsbranche, wie die Kopfpauschale, werden hingegen noch in der aktuellen politischen Debatte dis-

kutiert. Die Kopfpauschale würde den gleichen Betrag für jeden Versicherten und einen festgeschriebenen Anteil des Arbeitgebers beinhalten. Ein Sozialausgleich würde dann über die Einkommenssteuer realisiert werden. Ziel ist die Entkopplung der Lohnkosten von den Gesundheitskosten und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen durch niedrigere Lohnnebenkosten. Der Morbi-RSA würde im Anschluss gemäß dem Koalitionsvertrag von 2009 auf ein nicht näher definiertes „angemessenes Maß reduziert“ werden.

Die Perspektiven der Branche sind verschiedenartig: Zum einen müssen Finanzierungsthemen geklärt werden, zum anderen wächst der Bedarf an einer adäquaten Versorgung ständig. So wurden im Bereich Gesundheit und Soziales Ende 2007 rund 4,3 Mio. Arbeitnehmer beschäftigt. Experten erwarten laut einer Studie des Beratungsunternehmens McKinsey & Company (2008) einen weiteren Zuwachs von 1,9 Prozent jährlich. Damit wird zukünftig ein Mangel an geschultem Personal einen der wesentlichsten Wachstumsengpässe der Branche darstellen.

Pflegemarkt

Nur wenige Märkte haben derzeit ähnliche Wachstumsaussichten wie die Pflegebranche. Die Experten vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung aus Essen (RWI) schätzen in ihrem Pflegeheim-Rating-Report von 2009, dass der Pflegemarkt innerhalb des Gesundheitswesens am stärksten wächst. Schon jetzt ist der Pflegemarkt die viertgrößte Branche im Gesundheitswesen mit einem Anteil von 11 Prozent an den Gesamtausgaben – neben Krankenhäusern, Arztpraxen und Apotheken. Beim nachfolgend betrachteten Pflegemarkt handelt es sich insbesondere um eine Darstellung der Rahmenbedingungen für Träger professioneller Pflege.

Derzeit arbeiten 815.000 Angestellte im Pflegebereich. Weiteren Schätzungen zufolge soll sich

diese Zahl bis 2050 mehr als verdoppeln und damit auf rund zwei Millionen ansteigen. Allein Anfang 2009 wurden hier rund 14.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Grundlage für diese Prognosen ist neben der zunehmenden Zahl alter Menschen auch die damit im Zusammenhang stehende Multimorbidität. Darunter wird das gleichzeitige Auftreten mehrerer Erkrankungen bei einer Person verstanden. Letztlich steigt damit der Bedarf an Pflege, was zukünftig eine wachsende Nachfrage auch bei privaten Anbietern mit sich bringt. Allerdings nimmt damit auch der Wettbewerb um qualifiziertes Personal zu.

Die Quote der Pflegebedürftigen in privaten Einrichtungen nahm in den letzten Jahren deutlich zu. Im Bereich der stationären Pflege stieg dieser Wert innerhalb von 2 Jahren um 2 Prozentpunkte auf 33 Prozent im Jahr 2007. Um den gleichen Wert wuchs der Anteil der Nutzung privater ambulanter Dienste auf 45 Prozent in diesem Zeitraum.

Grundsätzlich kann die Pflege betagter Menschen ambulant, teilstationär oder vollstationär erfolgen. Hier kommt es seit einigen Jahren zu einer Verschiebung in der Wertschöpfungskette, da die Pflegebedürftigen länger mobil bleiben und sich eigenständig versorgen wollen, allerdings dabei bereits erste professionelle Unterstützung benötigen. Deshalb sind neben stationären auch verstärkt ambulante Lösungen gefragt, wie beispielsweise betreutes Wohnen oder ambulante Pflege. Mit steigender Lebenserwartung kommt der stationäre Aufenthalt erst in einer wesentlich späteren Lebensphase und mit einer kürzeren Verweildauer. Jedoch nimmt die Betreuungsintensität infolge von vermehrten Intensivpflegefällen zu. Dies führt zusätzlich zu einem Kostenanstieg und höheren Anforderungen an das Pflegepersonal, um auf die individuellen Bedürfnisse der Patienten eingehen zu können. Zudem wird die „Generation 50+“ aktiver bei der Vorbereitung auf das Alter. Sie bezieht die Möglichkeit einer späteren Pflegebedürftigkeit

in ihre Zukunftsplanung mit ein und wählt die benötigten Dienste und Einrichtungen eigenständig aus. Die Ansprüche an Qualität, Wohnen, Infrastruktur und Dienstleistungsangebote steigen somit und müssen von den Pflegeeinrichtungen entsprechend erfüllt werden.

Entscheidender Faktor für die Entwicklung des Pflegemarktes sind die Wirkungen des demografischen Wandels – denn die deutsche Bevölkerung altert auf drei Arten: absolut, relativ und durch eine steigende Zahl Hochbetagter. Nach dem „Status-Quo-Szenario“ des Statistischen Bundesamts von Ende 2008 bewirken diese Entwicklungen ein voraussichtliches Ansteigen der Pflegebedürftigen von 2,25 Millionen im Jahr 2007 auf 2,9 Millionen bis 2020 und 4,5 Millionen im Jahre 2030. Gleichzeitig soll der Anteil pflegebedürftiger Menschen basierend auf der Gesamtbevölkerung von 2,6 Prozent im Jahr 2005 auf bis zu 3,6 Prozent im Jahr 2020 bzw. 4,4 Prozent im Jahr 2030 ansteigen. Die Gruppe der über 80-Jährigen, diejenige mit der höchsten Pflegewahrscheinlichkeit, könnte bis 2050 auf bis zu 20 Millionen anwachsen – 20 Prozent bis 25 Prozent könnten davon voraussichtlich pflegebedürftig sein. Demnach könnte bis 2030 das Marktvolumen des stationären Bereichs (basierend auf Bewertungen von 2008) auf 30 Mrd. € und im ambulanten Sektor auf 12 Mrd. € anwachsen.

Gleichzeitig dürfen auch andere gesellschaftliche Prozesse nicht außer Acht gelassen werden. Ein Beispiel dafür ist die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen bis ins hohe Alter, die auch gesellschaftlich gewünscht und gefördert wird. Doch dadurch wird der „Heimsog-Effekt“ verstärkt – die steigende Quote der stationären Pflegefälle durch den Wegfall potenzieller häuslicher Pfleger innerhalb der Familie. Mit dieser Entwicklung können Schwierigkeiten für höherpreisige Anbieter eintreten, da die Sozialhilfeträger zunehmend mit einer Belegungssteuerung, d. h. die Zuweisung in preiswertere Einrichtungen, auf den wachsenden

Kostendruck reagieren. Denn nur ein kleinerer Teil der Bevölkerung kann es sich tendenziell leisten, bis zu 2.000 € pro Monat als Eigenanteil für einen Pflegeplatz auszugeben.

Der Pflegemarkt in Deutschland wird nach wie vor entscheidend durch die gesetzliche Pflegeversicherung bestimmt. Das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung – Pflegereform 2008 – zielt auf die Stärkung der ambulanten Pflege ab. Dieser wird aufgrund des steigenden Bedarfs vor den teil- und vollstationären Versorgungsformen der Vorrang gegeben. Infolgedessen sollen die Infrastruktur (u. a. ärztliche Versorgung in Pflegeheimen) verbessert, rechtliche Rahmenbedingungen angepasst und die steuerliche Förderung von Beschäftigten in Privathaushalten ausgebaut werden. Darüber hinaus steht die nachhaltige Verbesserung der finanziellen Ausstattung der ambulanten Versorgung im Mittelpunkt. Zudem sollen bis 2012 sukzessive mehr Leistungen erbracht werden und verstärkte Qualitätskontrollen sowie eine Unterstützung von Angehörigen bei Pflegefällen in der Familie erfolgen.

Seit dem 1. Januar 2010 erhalten gesetzlich Pflegeversicherte höhere Leistungen. Das Pflegegeld steigt auf 225 € (plus 4,7 Prozent) für die Pflegestufe I, 430 € (plus 2,4 Prozent) für die Pflegestufe II und bis zu 685 € (plus 1,5 Prozent) für die Pflegestufe III. Ebenfalls erhöht wurden die Zahlungen für ambulante Pflegesachleistungen auf 440 € (plus 4,8 Prozent) bis 1.510 € (plus 2,7 Prozent). In der vollstationären Pflege stiegen ausschließlich die Leistungen für Pflegestufe III und Pflegestufe III Härtefall auf 1.510 € (plus 2,7 Prozent) bzw. 1.825 € (plus 4,3 Prozent). Seit 2010 kann die gesetzliche Pflegeversicherung bis 1.510 € (plus 2,7 Prozent) für Kurzzeit- und Verhinderungspflege gewähren. Die nächste Erhöhung der gesetzlichen Leistungen soll im Jahr 2012 folgen. Die aktuelle Entwicklungskurve der Pflegesätze wird aufgrund der geringen Zunahme kritisiert, da

diese nur den inflationsbedingten Kaufkraftverlust ausgleichen und somit keine dynamische Entwicklung unterstützen. Dabei wird mit einem Investitionsbedarf von 27 Mrd. € in der stationären Pflege bis 2020 gerechnet. Aufgrund der steigenden Kosten im Gesundheitswesen plant die Bundesregierung eine Kapitaldeckung, bei der für jeden Bürger ein eigenes Konto geführt und bei Bedarf ausbezahlt wird.

Die zuvor beschriebenen Trends zusammen mit einem geforderten Mindestlohn von knapp 10 € für ungelernete Arbeitskräfte würden den Pflegemarkt vor große Herausforderungen stellen. Denn der Kostendruck wird immer größer. Dies könnte die Marktkonsolidierung weiter vorantreiben – trotz der 70 Prozent für 2020 prognostizierten, wirtschaftlich gut aufgestellten Pflegeanbieter im Markt. Infolgedessen besteht das Risiko, dass zwischenzeitlich ein Versorgungsengpass durch Insolvenzen bzw. längerfristige Kapazitätsminderungen entsteht. Alle Anbieter sind gefordert, effektiver mit ihren Ressourcen umzugehen. Gleichzeitig muss individueller auf die Patienten und ihre qualitativen Ansprüche eingegangen werden.

Seit 2009 werden vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) unabhängige Kontrollen bei den Pflegediensten durchgeführt. Dieser sogenannte „Pflege-TÜV“ wurde mit dem „Pflege-Weiterentwicklungsgesetz“ von 2008 ins Leben gerufen. Ziel ist eine jährliche Überprüfung aller 12.000 ambulanten und 10.000 stationären Pflegeeinrichtungen, um Transparenzberichte mit Schulnoten zu erstellen und diese anschließend im Internet zu veröffentlichen. Dies geschieht in stationären Einrichtungen mit einzelnen Bewertungen von 82 Qualitätskriterien, bei ambulanten Diensten mit 49 Kriterien. Diese einzelnen Punkte werden in die Themengebiete „Pflegerische Leistungen“, „Ärztlich verordnete pflegerische Leistungen“, „Dienstleistung und Organisation“ und „Kundenbefragung“ untergliedert. Damit soll

die Transparenz sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für die Kassen erhöht werden. Zur besseren Einordnung der Noten werden diese mit den Durchschnittsnoten der Einrichtungen des jeweiligen Bundeslandes verglichen. Mithilfe dieses Zeugnisses kann die Zielgruppe entscheiden, welcher Anbieter für die individuellen Bedürfnisse am besten geeignet ist.

Seit 2009 gibt es Pläne für die nächste Pflegereform. Allerdings ist der genaue Zeitpunkt für die Umsetzung aktuell noch nicht bekannt. Denn 2009 entwickelte sich gegen Ende der letzten Legislaturperiode ein Reformstau und die neue Bundesregierung muss sich mit diesem Thema erst noch befassen. In diesem Zusammenhang gibt es allerdings erste Anzeichen dafür, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff in den nächsten zwei Jahren überarbeitet werden soll. Die derzeitige Regierung möchte sich allerdings am Bericht des Beirats von Anfang 2009 zur Pflegebedürftigkeit orientieren. Am Ende des Reformprozesses soll ein neuer Begriff stehen, der die Bedürfnisse der Patienten adäquater widerspiegelt. Dafür fordert der Beirat einen Wechsel in der Betrachtung, weg von den Defiziten der Pflegebedürftigen. Stattdessen sollen deren noch erhaltene Fähigkeiten in sechs Kategorien erfasst und durch die Pflege gefördert werden. Diese sind unter anderem Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeiten, psychische Problemlagen sowie der Grad der möglichen Selbstversorgung. Das Ziel ist eine neue Form der Betreuung ohne den Anschein der so genannten „Minutenpflege“. Ein Ausdruck dieses neuen Ansatzes ist die Änderung des Begriffs „Pflegestufe“ in „Bedarfsgrad“ und dessen Neueinteilung. Demnach sollen Antragsteller in fünf Bedarfsgrade anstatt wie bisher in drei Pflegestufen gruppiert werden. Somit würde sich das Begutachtungsverfahren des Medizinischen Dienstes maßgeblich ändern. Bisher ruht der Fokus auf körperlichen Defiziten, künftig sollen der Grad der Selbstständigkeit und die geistige Präsenz eine wichtigere Rolle spielen. Die Bedarfsgrade sollen

dann von gering beeinträchtigt (Stufe 1), erheblich beeinträchtigt (Stufe 2), schwer beeinträchtigt (Stufe 3), schwerst beeinträchtigt (Stufe 4) bis zu besondere Bedarfskonstellation (Stufe 5) reichen.

Im Zuge der immer stärker geführten Qualitätsdiskussion und Ausdifferenzierung der Anbieter im Rahmen der Pflegereformen, ist es das Ziel des MATERNUS-Konzerns, sich im Markt als führender Qualitätsanbieter zu etablieren. Dieses Vorhaben wird maßgeblich durch den Verbund mit der CURA Unternehmensgruppe unterstützt und ermöglicht. Durch einen gezielten Know-how-Transfer können weitreichende Synergieeffekte erzielt und damit die Ergebnisqualität nachhaltig verbessert werden. Zudem ist der Aufbau weiterer Angebote über die stationäre Pflege hinaus ein wichtiges Element, um die Kunden bereits frühzeitig mit den Unternehmen in Kontakt zu bringen.

Rehabilitationsmarkt

Bei der Rehabilitation handelt es sich neben der Primärversorgung (ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte) und der Akutversorgung (stationär im Krankenhaus) um einen weiteren Teilbereich der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland. So kann eine Rehabilitationsmaßnahme beispielsweise nach einem Herzinfarkt oder einem Schlaganfall aber auch nach umfangreichen orthopädischen Eingriffen erforderlich werden. Ziel ist es dabei, den Patienten bei der Wiedererlangung seiner Leistungsfähigkeit im Berufs- und Privatleben zu unterstützen.

Dabei werden drei verschiedene Rehabilitationen unterschieden:

1. Medizinische Rehabilitation: Dient zur Vorbeugung von Behinderungen oder Pflegebedürftigkeit
2. Berufliche Rehabilitation: Ermöglicht die Reintegration in das Berufs-/Arbeitsleben
3. Soziale Rehabilitation: Zur Bewältigung der alltäglichen Anforderungen

In den letzten Jahren war der Rehabilitationsmarkt in Deutschland durch ein Überangebot bestimmt. Dies resultierte im Wesentlichen aus vor allem kostenbedingt verkürzten Verweildauern der Patienten und nicht erfolgten Kapazitätsanpassungen entsprechend der veränderten Nachfragebedingungen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte jedoch, nach einer bereits leichten Erholung im Vorjahr, eine weiter positive Entwicklung verzeichnet werden. Nach Angaben des aktuellsten „Reha-Rating-Reports“ der RWI Essen, ADMED GmbH und HCB GmbH steigt die Anzahl stationärer Rehabilitationsfälle bis 2020 von derzeit 1,82 Mio. auf 2,04 Mio. Zudem werden durch eine engere Verzahnung von Akut-Kliniken, stationärer und ambulanter Rehabilitation neue Konzepte erforderlich und der Wettbewerb unter den Einrichtungen wird weiter erhöht. Der MATERNUS-Konzern verfolgt deshalb den Ansatz, das Pflegeangebot und die Rehabilitation in den eigenen Einrichtungen stärker miteinander zu verbinden – dafür verfügen wir über die besten Voraussetzungen.

Nach den Ergebnissen des Reha-Rating-Reports 2009 hat sich circa ein Fünftel der deutschen Reha-Einrichtungen in den Jahren 2007 und 2008 in erhöhter Insolvenzgefahr befunden, etwas mehr als die Hälfte wirtschafteten jedoch ohne größere finanzielle Probleme. Aufgrund der alternden Bevölkerung wird ein Anstieg der Reha-Fälle um 6,3 Prozent bis 2020 erwartet.

Das größte Wachstum der letzten Jahre verzeichneten die Bereiche der Psychiatrie und die Neurologie mit mehr als 70 Prozent. Jedoch bei lediglich 71,3 Prozent Auslastung privater Einrichtungen und 87 Prozent öffentlicher Einrichtungen bewegt man sich an der Grenze des ökonomisch Sinnvollen. Aufgrund der Wirtschaftskrise und der Einführung des Gesundheitsfonds wird es für alle Anbieter auf dem Reha-Markt im Jahr 2010 wieder schwieriger werden. Nach der Einschätzung von Branchenexperten werden jedoch

die Unternehmen, die sich entsprechend auf diese Rahmenbedingungen einstellen, mit einer gestärkten Marktstellung aus dieser Phase hervorgehen. Überkapazitäten werden im Anschluss an eine Marktkonsolidierung abgebaut sein. Die MATERNUS-Kliniken AG stellt sich diesen Herausforderungen u. a. durch Spezialisierungen, wie u. a. auf die verhaltensmedizinische Orthopädie (VMO). Hierbei werden die Patienten sowohl medizinisch-orthopädisch, als auch psychologisch und sport- bzw. bewegungstherapeutisch behandelt. Studien haben ergeben, dass diese Methode bessere Langzeit-effekte erzielt als die klassische Orthopädie. Eine weitere Besonderheit der MATERNUS-Reha-Kliniken sind die integrierten Isolierstationen. Auf diesen können z. B. MRSA-Patienten deutlich eher mit ihrer Therapie beginnen als in Einrichtungen ohne dieses Angebot. Im Ergebnis wird der Erfolg der Reha-Maßnahmen damit maßgeblich erhöht.

Seit Jahren nehmen die Verweildauern in Akut-Kliniken nach der Operation ab (2008 durchschnittlich 3,2 Prozent kürzer als 2007), da die Vergütung des DRG-Fallpauschalensystems nicht auf die Dauer bezogen erfolgt, sondern auf die Art der Behandlung. Patienten mit schwierigem Heilungs- und Rehabilitationsprozess könnten also entlassen werden, bevor die Therapie vollständig abgeschlossen ist. Dies hat zur Folge, dass sich die Nachfrage nach Reha-Plätzen erhöht. Gleichzeitig müssen sich Reha-Einrichtungen entsprechend auf diese Patienten einrichten und passende Konzepte bereithalten. An diese Entwicklung kann sich der MATERNUS-Konzern durch seine Positionierung in beiden Segmenten sehr erfolgreich anpassen.

Darüber hinaus spielt die demografische Entwicklung auch im Segment der Rehabilitation eine entscheidende Rolle. Denn durch die Zunahme von Patienten mit multimorbiden Beschwerden steigt die Bedeutung von interdisziplinären Behandlungsmethoden. Gleichzeitig wird die Geriatrie

(Altersmedizin) eine Pflichtleistung, wodurch die Kompetenz bei der Versorgung alter Menschen als integrierte Dienstleistung im Rehabilitationsbereich an Bedeutung gewinnt.

Eine andere Tendenz zeigt die vermehrte Bewilligung von Präventions- und Rehabilitationsmaßnahmen zur Erhaltung der Erwerbstätigkeit auf. Somit werden Rehabilitationskliniken zu einem Ort der Nachsorge- und Langzeitmedizin. Auch der Aufbau von ambulanter und wohnortnaher Rehabilitation, verbunden mit einem Abbau der stationären Lösungen, kann eine Möglichkeit sein, den Schwierigkeiten der Überkapazitäten im Rehabilitationsbereich zu begegnen. Ein zusätzlicher Wettbewerb kann zudem aufgrund der Umwidmung der Kapazitäten im Akutbereich durch frei werdende Ressourcen infolge von Verweildauerkürzungen entstehen.

Einer aktuellen Studie der prognos AG von 2009 zufolge ist der volkswirtschaftliche Nutzen von Reha-Maßnahmen als sehr positiv einzuordnen. Damit ist eine zukünftige größere finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber wahrscheinlich. Doch um sich auf dem Reha-Markt mittel- bis langfristig behaupten zu können, bedarf es ausgereifter Konzepte, deren Maßnahmen sich durch nachhaltige Effekte als sinnvoll erweisen. Hier liegt das zentrale Augenmerk auf flexibleren Behandlungsmethoden, die Qualität und die individuelle Anpassung an die Bedürfnisse des Patienten in sich vereinen. Dies muss parallel zur verstärkten Ausbildung neuer, junger Pflegekräfte geschehen, die aufgrund zahlreicher schwacher Geburtenjahrgänge kontinuierlich weniger werden. Somit entsteht auch hier ein Wettbewerb.

Mit den aufgeführten Entwicklungen sollte auch der Rehabilitationsmarkt wieder an neuer Dynamik gewinnen. Künftig wird deshalb insbesondere die effektive Verzahnung der verschiedenen Stränge in der Gesundheitsversorgung, wie dem Akut-, Pflege-

und Rehabilitationsbereich, im Vordergrund stehen, so dass vermehrt Synergien genutzt und Kosten eingespart werden können, was im Ergebnis auch dem gesamten Gesundheitssystem zugute kommen würde. Weitere Voraussetzungen für das Wachstum des Gesundheitsmarkts sehen Experten in der Notwendigkeit, dass sich der Staat aus der Regulierung zurückzieht und eine Deregulierung einsetzen kann. Der Trend in der Bevölkerung zeigt eine generelle Bereitschaft, für Gesundheit, krankheitsvorbeugende Maßnahmen und Pflege zusätzliche Aufwendungen zu erbringen – sinnvolle Eigenleistungen haben eine hohe Akzeptanz. Weiterhin versprechen sich Marktforscher von den Fortschritten in der Informations- und Kommunikationstechnik erhebliche Qualitätssteigerungen und Kosteneinsparungen, vor allem im Bereich der Telemedizin. Hierbei werden mithilfe modernster Technik beispielsweise sogenannte Ferndiagnosen ermöglicht.

Erläuterung des Geschäftsergebnisses und Analyse der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

Rechnungslegung IFRS / HGB

MATERNUS hat mit dem 1. Januar 2005 konzernweit ihre bisherige HGB-Berichterstattung auf die Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) umgestellt. Der Einzelabschluss der MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin (MATERNUS AG), wird jedoch weiterhin nach den deutschen handelsrechtlichen Grundsätzen aufgestellt.

MATERNUS AG

Die MATERNUS AG erzielt als Holding keine Umsatzerlöse, sondern auf Grund der Anteile an Tochterunternehmen überwiegend Beteiligungserträge. Im Wesentlichen wurden Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) und aus Zinserträgen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) erzielt. Aufgrund von Umgliederungen in der Bilanz sind die sonstigen betrieblichen Erträge im Vergleich zum Vorjahr bedeutend geringer, da sich wesentliche Beträge aus der Auflösung von Rückstellungen bzw. der Herabsetzung von Wertberichtigungen im außerordentlichen Ergebnis widerspiegeln. Ein Teil der umgliederten sonstigen betrieblichen Erträge ist auf die positive Entwicklung in der MATERNUS-Klinik für Rehabilitation GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen, zurückzuführen.

Die Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf nicht mehr notwendige überschuldungsbeseitigende Maßnahmen zu Gunsten der MATERNUS-Klinik sowie der Bayerwald-Klinik GmbH & Co. KG zurückzuführen.

Die Erhöhung der Zinsaufwendungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert vor allem aus einer von der CURA GmbH weiterbelasteten Avalprovision für Bürgschaften.

Die MATERNUS AG weist im Einzelabschluss einen Jahresüberschuss in Höhe von 13,5 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 7,6 Mio. €) aus. Die Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr kommt im Wesentlichen durch das außerordentliche Ergebnis sowie nicht mehr notwendige überschuldungsbeseitigende Maßnahmen zu Gunsten der MATERNUS-Klinik für Rehabilitation GmbH & Co. KG zustande.

Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen

Das Segment verfügt wie im Vorjahr über eine Kapazität von 3.145 Betten. Aufgrund der Anlaufphase in Altenahr sowie der Übergangsphasen in Bad Dürkheim, Pelm und Hannover ging die Belegungsquote im Segment Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen im Jahresdurchschnitt auf 84,2 Prozent (Vorjahr: 86,3 Prozent) zurück.

Im Geschäftsjahr 2009 konnte der Segmentumsatz um rund 1,6 Mio. € auf 83,7 Mio. € (Vorjahr: 82,1 Mio. €) gesteigert werden. Die EBITDA-Marge (EBITDA zu Umsatz) lag bei 16,1 Prozent (Vorjahr: 16,5 Prozent).

Der Jahresüberschuss vor Steuern konnte im Segment auf 6,5 Mio. € gesteigert werden, nach 5,3 Mio. € im Vorjahr.

Die Differenzierung im Leistungsangebot, ein unter Qualitätsnormen optimierter Personaleinsatz – Personalintensität: 59,2 Prozent (Vorjahr: 60,1 Prozent) – sowie Synergien durch die Standardisierung beim Einkauf von Verbrauchsmaterialien trugen hierzu wesentlich bei. Die stufenweise Einführung der Leistungserbringung durch die MATERNUS-RECA TEC-Gesellschaften hat die Entwicklung des Segments qualitativ und ergebnisrelevant unterstützt.

Rehabilitationskliniken

Das Segment verfügt über eine Gesamtkapazität von 965 Betten (Vorjahr: 965 Betten). Die Auslastungsquote (inklusive Begleitpersonen) konnte im Jahresdurchschnitt auf rund 79,9 Prozent (Vorjahr: 77,7 Prozent) verbessert werden.

Der Umsatz im Segment konnte gegenüber dem Vorjahr um rund 1,4 Mio. € auf 29,1 Mio. € (Vorjahr: 27,7 Mio. €) gesteigert werden. Die Ergebnisentwicklung vor Steuern mit einer Verschlechterung auf -2,1 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €) ist auf den Wegfall der einmaligen Erträge aus Unterstützungsmaßnahmen im Vorjahr (Volumen 2008: rd. 6,2 Mio. €) zurückzuführen. Diese grundsätzlich positive Entwicklung unterstreicht die wiedererlangte Stärke der Kliniken.

Die positive Auslastungsentwicklung im Segment ist auf die MATERNUS-Klinik, Bad Oeynhausen, zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2009 konnte die Auslastung bezogen auf eine Kapazität von 666 Plätzen (inklusive Begleitpersonen) nochmals leicht auf 82,9 Prozent gesteigert werden (Vorjahr: 82,6 Prozent). Durch innovative medizinische Behandlungskonzepte, aber auch den weiterhin positiven Trend in der Behandlung neurologischer Patienten in der Klinik, war die weitere Umsatzsteigerung möglich.

Auch in der Bayerwald-Klinik, Cham, konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Belegung wieder stabilisiert werden und liegt bezogen auf eine Kapazität von 299 Plätzen (inklusive Begleitpersonen) bei rund 73,0 Prozent, nach 66,7 Prozent im Vorjahr. Grund für diesen positiven Trend ist die Umsetzung zukunftsfähiger Behandlungskonzepte für die medizinischen Schwerpunkte Kardiologie, Onkologie und Gastroenterologie.

Beide Kliniken weisen in ihren Bilanzen nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile der Kommanditisten aus, die MATERNUS KG in Höhe von 23,7 Mio. € (Vorjahr: 23,7 Mio. €)

und die Bayerwald KG in Höhe von 12,4 Mio. € (Vorjahr: 10,5 Mio. €). Die Folgen der bilanziellen Überschuldung werden durch Rangrücktritte sowie einen Forderungsverzicht der MATERNUS AG vermieden.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr (77,7 Mio. €) auf 81,0 Mio. € leicht erhöht. Dies ist insbesondere auf Ausleihungen an verbundene Unternehmen zurückzuführen. Das Umlaufvermögen in Höhe von 23,0 Mio. € (Vorjahr: 21,1 Mio. €) enthält im Wesentlichen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Gesellschafter sowie sonstige Vermögensgegenstände.

Der Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme verringerte sich leicht von 78,6 Prozent im Vorjahr auf 77,8 Prozent. Dies ist durch die Zunahme der Ausleihungen an verbundene Unternehmen einerseits sowie den Anstieg der Bilanzsumme gegenüber dem Jahr 2008 andererseits bedingt.

Finanzlage

Die Eigenkapitalquote liegt im Geschäftsjahr 2009 bei 48,5 Prozent, nach 37,4 Prozent im Vorjahr. Die Verbesserung ist durch die Erhöhung des Eigenkapitals aufgrund des erzielten Jahresüberschusses trotz gleichzeitigem Anstieg der Bilanzsumme zu erklären.

Der Rückgang der sonstigen Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus der Herabsetzung der Rückstellungen für Haftungsrisiken.

Die Kreditlinien des Konzerns wurden am Bilanzstichtag zu knapp zwei Dritteln ausgenutzt.

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus 1,7 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €) Bankverbindlichkeiten und aus 47,0 Mio. € (Vorjahr: 49,4 Mio. €) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zusammen.

Im Geschäftsjahr investierte die MATERNUS AG 15 T€ (Vorjahr: 17 T€) in immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Sachanlagen.

Berichterstattung zu § 289 Abs. 4 HGB

Gezeichnetes Kapital, Stimmrechtsbeschränkungen und Aktien mit Sonderrechten

Das Grundkapital beträgt zum 31. Dezember 2009 52.425.000 € und ist in 20.970.000 auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem derzeitigen Betrag am Grundkapital von 2,50 € je Aktie eingeteilt.

Beschränkungen, die die Stimmrechte oder Übertragung von Aktien betreffen, auch wenn sie sich aus Vereinbarungen zwischen Aktionären ergeben können, sind dem Vorstand nicht bekannt. Darüber hinaus gewähren die Aktien keine Sonderrechte, die Kontrollbefugnisse verleihen.

Beteiligungen am Kapital, die 10 von Hundert der Stimmrechte überschreiten

Aufgrund der Stimmrechtsmitteilung vom 17. Dezember 2007 hält die CURA Kurkliniken Seniorenwohn- und Pflegeheime GmbH, Hamburg (CURA GmbH) über die von ihr kontrollierte CURA 12. Seniorenzentrum GmbH, Hamburg, zum Bilanzstichtag mehrheitliche Stimmrechtsanteile an der MATERNUS AG. Gemäß § 17 AktG besteht damit zum 31. Dezember 2009 ein Abhängigkeitsverhältnis zur CURA GmbH.

Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands

Der Vorstand der MATERNUS AG besteht derzeit aus zwei Mitgliedern, die gemäß § 84 AktG vom Aufsichtsrat für einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren bestellt wurden. Die wiederholte Bestellung ist ebenso wie die Verlängerung der Amtszeit zulässig. Letztere darf jedoch den Maximalzeitraum von fünf Jahren im Einzelfall nicht übersteigen. Die Verlängerung der Amtszeit bedarf eines Aufsichts-

ratsbeschlusses, der frühestens ein Jahr vor Ablauf der bisherigen Amtszeit gefasst werden kann. In dringenden Fällen kann das Amtsgericht auf Antrag von jedem, der ein schutzwürdiges Interesse hat (z. B. die übrigen Vorstandsmitglieder), ein fehlendes, aber erforderliches Vorstandsmitglied bestellen (§ 85 AktG). Dieses Amt erlischt, sobald der Mangel behoben ist, z. B. sobald der Aufsichtsrat ein fehlendes Vorstandsmitglied bestellt hat.

Die Abberufung eines Vorstandsmitglieds ist nur aus wichtigem Grund zulässig (§ 84 Absatz 3 Satz 1 und § 3 AktG). Zu den wichtigen Gründen zählen u. a. grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, das Vertrauen wurde aus offenbar unsachlichen Gründen entzogen. Der Aufsichtsrat kann gemäß § 5 der Satzung der MATERNUS AG einen Vorsitzenden des Vorstands ernennen, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht.

Änderung der Satzung

Die Änderung der Satzung durch die Beschlussfassung der Hauptversammlung richtet sich nach den §§ 133, 179 AktG. Gemäß § 8 der Satzung der MATERNUS AG ist dem Aufsichtsrat die Befugnis eingeräumt, Änderungen und Ergänzungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe von Aktien

Die Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe von Aktien sind in § 4 Absatz 5 der Satzung der MATERNUS AG geregelt:

„Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 12. Juli 2011 um insgesamt bis zu 26.212.500 € durch ein- oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 10.485.000 nennbetragslosen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen. Hierbei steht den Aktionären das gesetzliche Bezugsrecht zu.“

Der Vorstand ist ermächtigt, jeweils mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen. Der Ausschluss des Bezugsrechts ist jedoch nur in folgenden Fällen zulässig:

- für Spitzenbeträge;
- zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Teilen daran oder beim Erwerb von mit einem solchen Vorhaben im Zusammenhang stehenden Wirtschaftsgütern oder zum Erwerb von sonstigen Sacheinlagen;
- wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage insgesamt den Betrag von 5.242.500 € nicht übersteigt und der Ausgabebetrag den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet (§ 203 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG)

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den weiteren Inhalt der Aktienrechte und die sonstigen Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.“

Wesentliche Vereinbarungen der MATERNUS AG für den Fall eines Kontrollwechsels infolge einer Übernahme (Change of Control) bestehen nicht.

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2009 beschäftigte die MATERNUS AG wie im Vorjahr durchschnittlich 14 Mitarbeiter.

Umweltschutz

Wer die ganzheitliche Behandlung und Betreuung alter Menschen als Kernkompetenz seines wirtschaftlichen Handelns betrachtet, ist gleichermaßen für den Schutz der Umwelt und den verantwortungsvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen verpflichtet. Durch das zentrale Facility Management wird ein konsequentes Energie- und Wassermanagement gesteuert. Damit gelingt es uns, die Umweltbelastung nachhaltig zu minimieren und die Kostenfaktoren positiv zu beeinflussen.

Abhängigkeitsbericht

Über die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist gemäß § 312 AktG ein Bericht erstellt worden, der mit folgender Erklärung endet:

„Unsere Gesellschaft hat nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die Rechtsgeschäfte mit den verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Anderweitige berichtspflichtige Maßnahmen haben nicht vorgelegen.“

Corporate Governance

Die MATERNUS AG entspricht den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate-Governance-Kodex“ in der Fassung vom 18. Juni 2009 mit den in der Entsprechenserklärung der MATERNUS AG veröffentlichten Ausnahmen.

Die aktuelle Entsprechenserklärung finden Sie im Corporate-Governance-Bericht unseres Geschäftsberichtes 2009 sowie auf unserer Homepage www.maternus.de im Bereich Investor Relations. Hier finden Sie auch die Entsprechenserklärungen zum Corporate-Governance-Kodex der letzten fünf Jahre.

Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist in den Corporate-Governance-Bericht unseres Geschäftsberichtes 2009 integriert. Dieser beinhaltet die Entsprechenserklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes, relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, Angaben über die Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie über die Zusammensetzung und Arbeitsweise von dessen Ausschüssen. Der Bericht ist im Geschäftsbericht bzw. auf unserer Homepage www.maternus.de im Bereich Investor Relations zu finden.

Nachtragsbericht

Die Bank für Sozialwirtschaft AG (BfS) hat der MEDICO-Klinik-Immobilien GmbH & Co. Klinik Immobilien-Beteiligungs KG am 30. Dezember 2009 ein Darlehen über 15 Mio. € zur Teilablösung der HSH-Brigde-Finanzierung der MATERNUS Altenheim GmbH & Co. KG zur Verfügung gestellt. Die Auszahlungsbedingungen wurden am 5. März 2010 erfüllt und die Verbindlichkeit gegenüber der HSH Nordbank AG um 14 Mio. € zurückgeführt. Zusätzlich kommt 1 Mio. € zur Auszahlung, wenn Instandhaltungsmaßnahmen im vereinbarten Volumen in Bad Oeynhausen durchgeführt wurden.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2009 sind keine weiteren wesentlichen Ereignisse eingetreten, die das im vorliegenden Jahresabschluss vermittelte Bild von der Lage der MATERNUS AG beeinflussen und somit wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der MATERNUS AG haben werden.

Risiko- und Prognosebericht

Die Gesundheitswirtschaft stellt – gemessen an der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – eine stabile Branche dar. Aktuell bestehen insbesondere im Pflegebereich durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz stabile und auf Leistungsausweitungen gerichtete Rahmenbedingungen. Durch die nachhaltige Stabilisierung des MATERNUS-Konzerns 2009 sind wir in der Lage, die Chancen des Pflegemarktes aktiv zu nutzen und mittelfristig in neues Wachstum zu verwandeln.

Die aktuellen Schwerpunkte der gesundheitspolitischen Diskussion beziehen sich im Wesentlichen auf die Umgestaltung des Gesundheitsfonds zur Finanzierung der Krankenversicherung. Dies lässt auf der Leistungsvergütungsseite für den Pflegemarkt in 2010 eine stabile Entwicklung erkennen, da Weiterentwicklungen der Gesetzgebung erst für die nächsten Jahre zu erwarten sind. Die Auswirkungen auf die Leistungsentwicklung in der Rehabilitation lassen sich derzeit nicht endgültig abschätzen. Wir gehen von einer mittelfristig weiter begünstigten Nachfrage nach Reha-Leistungen aus – bedingt durch die Verweildaueranpassungen im akutstationären Bereich.

Weiterhin stützt die demografische Entwicklung unsere Strategie der Leistungsdifferenzierung und damit unseren wirtschaftlichen Fortschritt.

Risikomanagementsystem

Ein zentraler Faktor unseres wertorientierten, verantwortungsbewussten und unternehmerischen Handelns besteht in der Fähigkeit, Risiken zu erfassen und mit geeigneten Maßnahmen zu minimieren sowie sich bietende Chancen zu ergreifen. Um sowohl positive als auch negative Trends kontinuierlich und frühzeitig zu erkennen sowie die Strategie bzw. das operative Handeln darauf einstellen zu können, verfügt der MATERNUS-Konzern über ein abgestuftes und integriertes Frühwarnsystem als Bestandteil eines umfassenden

Risikomanagementsystems. Die Forderung des Gesetzgebers, Risiken durch effiziente Überwachungssysteme voraussehbar zu machen, stellt für uns eine zentrale und wertorientierte Aufgabe dar.

Es gibt im MATERNUS-Konzern eine klare Unternehmens- und Führungsstruktur. Bereichsübergreifende Funktionen werden dabei in enger Zusammenarbeit mit den Tochtergesellschaften zentral gesteuert und ausgeführt. Das Kontroll- und Risikomanagementsystem ist Bestandteil der Planungs-, Rechnungslegungs- und Kontrollprozesse, welches basierend auf einem für den Konzern einheitlichen Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung vom Vorstand überwacht und gesteuert wird.

Das Risikomanagement dient der kontinuierlichen und strukturierten Erkennung, Bewertung und Eskalation von Risiken sowie der Steuerung der Reaktionen auf diese Risiken. Es ist integrativer Bestandteil der operativen und strategischen Planungsprozesse und setzt sich in den laufenden Controlling-Prozessen fort. Die bestehenden Berichtssysteme ermöglichen es dem Vorstand, die Risiken für den Konzern zu kontrollieren.

Das Berichtswesen erfolgt in wöchentlichen, monatlichen und jährlichen Intervallen, wobei die Abstufung über die Relevanz für das sofortige operative Handeln bis zur mittelfristig strategischen Aktion erfolgt. Hierdurch wird der Vorstand in die Lage versetzt, frühzeitig Maßnahmen zur Gestaltung zu ergreifen.

Die MATERNUS AG setzt im Rahmen des internen Kontroll- und Risikomanagements konzernweit etablierte Controlling-Instrumente ein. Dabei werden finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren herangezogen. So werden vor allem über Soll-Ist-Analysen und Benchmarking-Ansätze Abweichungen zur Zielerreichung der Geschäftstätigkeit ermittelt. Die finanziellen Leistungsindikatoren werden in Verbindung mit den quantitativen und qualitativen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren geprüft.

Im Rahmen des integrierten Projektmanagement- und Controlling-Prozesses werden diese Indikatoren überwacht. Dem Vorstand der MATERNUS AG wird hierzu regelmäßig und sofern notwendig auch außerplanmäßig durch ausführliche Analysen Bericht erstattet.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems

Der MATERNUS-Konzern verfügt über ein Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem, das Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung beinhaltet.

Wesentliche Merkmale des Systems sind dabei:

- Erfassung und Bewertung der für den Rechnungslegungsprozess im Konzern relevanten Risikofelder
- Kontrollen zur Überwachung des Prozesses der Rechnungslegung auf Konzernebene sowie auf Ebene der einzelnen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften (Vollständigkeits- und Richtigkeitskontrollen)
- Organisatorische Sicherungsmaßnahmen im Finanz- und Rechnungswesen und den operativen Zentralbereichen, welche an der Generierung der Basisdaten für die Konzernrechnungslegung beteiligt sind, dazu zählen beispielsweise eine klare Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen und konzerneinheitliche Dienstanweisungen
- Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des EDV-Systems zur Verarbeitung der dem Konzernrechnungslegungsprozess zugrunde liegenden Sachverhalte, inklusive programmierter Plausibilitätsprüfungen
- Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips bei allen wichtigen Entscheidungen mit Auswirkungen auf die Rechnungslegung des Konzerns
- Regelmäßige Prüfung der rechnungslegungsrelevanten Prozesse durch die interne Revision

Im Rahmen einer fest strukturierten Berichtsorganisation für alle in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften liegt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem hinsichtlich des Rechnungslegungsprozesses beim Vorstand. Ziel des im MATERNUS-Konzern eingerichteten rechnungslegungsbezogenen Überwachungssystems ist die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Es ist darauf hinzuweisen, dass auch ein angemessenes und funktionsfähig eingerichtetes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem keine absolute Sicherheit zur Identifikation und Steuerung von Risiken gewähren kann. Insbesondere persönliche Ermessensentscheidungen, fehlerhafte Kontrollen, kriminelle Handlungen oder sonstige Umstände, welche die Wirksamkeit und Verlässlichkeit dieser Systeme einschränken, können naturgemäß nicht ausgeschlossen werden. Daher kann nicht mit absoluter Sicherheit gewährleistet werden, dass Sachverhalte in der Konzernrechnungslegung richtig, vollständig und zeitnah erfasst werden.

Risiken des Unternehmens

Branchenrisiken

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen wird zu einem intensiveren Wettbewerb und in der Folge mittelfristig zu einer verstärkten Marktkonsolidierung führen. Die stetig steigenden Anforderungen an die Leistungsqualität prägen die Gesetzgebung und die Erwartungshaltung von Bewohnern und Patienten. Hierfür haben wir ein stringentes Qualitätsmanagementsystem aufgebaut, welches die externen Begutachtungen durch interne Audits ergänzt, wodurch ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess in den Abläufen gesichert wird.

Die Sicherung der Fachkräfte für die Unternehmen stellt eine wesentliche Herausforderung dar. In manchen Regionen ist ein Mangel an ausgebil-

deten Pflegekräften festzustellen und es fällt den Betreibern immer schwerer, aus anderen Regionen die Lücken zu schließen. Hier sind alle gefordert, Lösungen zu entwickeln, die in der ersten Priorität eine Bindung der Mitarbeiter bewirken und somit einer Sicherung der Belegung dienen. Eine Unterschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Fachkraftquoten kann sonst zu einer entsprechenden Absenkung der Belegung führen. Wir haben bei MATERNUS entsprechende Maßnahmen zur Personalentwicklung und -bindung etabliert und werden diese gezielt weiterentwickeln. Vor diesem Hintergrund sehen wir uns für diese Herausforderung gut gerüstet und sind davon überzeugt, für unsere Mitarbeiter ein sehr attraktiver Arbeitgeber mit der entsprechenden Bindungswirkung zu sein.

Als Mitglied im Arbeitgeberverband Pflege e.V. haben wir gemeinsam mit den anderen Mitgliedern die Entwicklung der Mindestlöhne aktiv mitgestaltet. Wir sind in Kombination mit unseren weiteren Maßnahmen zur Personalentwicklung und -steuerung hierdurch strukturell und wirtschaftlich gut vorbereitet.

Die Verhandlungen der Pflegesätze und der Investitionskosten sind zunehmend durch Marktvergleiche und Kostensensitivität der Pflegekassen und Sozialhilfeträger sowie gesetzliche Mindestanforderungen an die Ressourcenausstattung geprägt. Um die Verhandlungen zu einem für das Unternehmen erfolgreichen Abschluss zu bringen, werden die Einrichtungen durch unser zentrales Verhandlungsteam unterstützt.

Operative Risiken

Durch die demografische Entwicklung steigt die Anzahl von pflegebedürftigen Menschen und die damit im Zusammenhang stehende Multimorbidität nimmt zu. Steigende Betreuungsintensität einerseits und eine verstärkte Nachfrage nach ambulanten Lösungen andererseits, sind die Folge. Ein steigender Bedarf an Pflege bringt jedoch auch einen wachsenden Wettbewerb mit sich.

Als innovativer Anbieter mit hoher Leistungsqualität werden wir uns an die geänderten Wünsche unserer Bewohner und Patienten anpassen.

Unsere Immobilien werden wir durch Investitionsprogramme zur konzeptionellen Weiterentwicklung und energetischen Verbesserung weiter attraktiver gestalten und für den Wettbewerb positionieren. Bei den Pachtobjekten gelingt es uns schrittweise, die Pachten an die aktuellen Marktgegebenheiten anzupassen oder Investitionsvereinbarungen mit den Verpächtern bei konstanten Pachten zu schließen. Insgesamt wird dies zur Kostenoptimierung und Erlösstabilisierung der einzelnen Einrichtungen und des Konzerns beitragen.

Im Bereich der Rehabilitationskliniken wirken sich die eingeleiteten Strukturmaßnahmen des Gesundheitsfonds auf die Auslastung aus. Auch die aktuell steigende Arbeitslosigkeit stellt ein Risiko für die weitere wirtschaftliche Stabilisierung dar. Jedoch sollte es weiterhin gelingen, den Rückgang von rehabilitativen Patienten durch Maßnahmen der Anschlussheilbehandlung und die Ausweitung der neurologischen Therapie sowie weiterer Spezialisierungen, wie z. B. VMO oder MRSA zu kompensieren.

Dem in beiden Segmenten vom Gesetzgeber verfolgten Ansatz „ambulant vor stationär“ wird durch die Verbreiterung des Leistungsangebots sowie durch eine Differenzierung im klinischen Bereich begegnet, um Umsatzrückgänge zu kompensieren und längerfristige Kundenbindungen zu erreichen.

Financial Covenants

In Kreditverträgen der Tochtergesellschaften mit Banken, für die die MATERNUS AG haftet, sind Financial-Covenants-Vereinbarungen enthalten. Sollten diese verletzt werden, haben die Banken grundsätzlich die Möglichkeit, den entsprechenden Betrag fällig zu stellen.

Zinsänderungsrisiken

Mögliche Entwicklungen an den Zinsmärkten können sich ebenfalls auf das operative Ergebnis auswirken, da ein Teil der laufenden Fremdfinanzierung variabel verzinst ist. Dieses Zinsänderungsrisiko kann daher zu höheren Fremdkapitalkosten führen. Die positive Zinsentwicklung im Geschäftsjahr 2009 führte jedoch zu einer Entlastung. Eine Veränderung des Zinsniveaus um 1 Prozent im Jahresdurchschnitt entspricht einem Aufwand von rund 0,5 Mio. €. Vor dem Hintergrund der aktuellen Zinspolitik der EZB erscheint dieses Risiko begrenzt. 2009 wurde auf die Absicherung des niedrigen Zinsniveaus verzichtet, da vor dem Hintergrund der Zinstrends eine Absicherung im Wesentlichen die Kosten den auf dem Zinsniveau erreichbaren Nutzen überstiegen. Wir werden in 2010 die Marktentwicklung stetig beobachten und das Zinsänderungsrisiko durch geeignete Zinssicherungsinstrumente frühzeitig absichern.

Chancen der künftigen Entwicklung

Das stetige Wachstum der Anzahl der Pflegebedürftigen, bedingt durch die demografische Entwicklung, eröffnet dem MATERNUS-Konzern ausgezeichnete Perspektiven. Dabei gewinnt eine abgestufte Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten zunehmend an Bedeutung. Diesem Trend folgen wir durch die Differenzierung unseres Leistungsangebots und ergänzen unser Angebot durch betreutes Wohnen, ambulante Dienste sowie weitere Serviceleistungen, wie beispielsweise Hausnotrufdienste.

Bedingt durch kürzere Verweildauern von Patienten in der akutmedizinischen Versorgung, eröffnen sich neue Behandlungsfelder für die Rehabilitationskliniken. Dies führt einerseits zu medizinisch höherwertigen, aber auch kostenintensiveren Leistungen, die andererseits erhöhte Ertragspotenziale bieten. Die Zunahme von Anschlussheilbehandlungen, die Einführung der geriatrischen Reha-

bilitation als Pflichtleistung sowie die Möglichkeit, den Pflegesektor innerhalb der integrierten Versorgung in Vertragsbeziehungen aufnehmen zu können, vergrößern die Erlösmöglichkeiten beider operativer Segmente des Konzerns zusätzlich.

Die sich aus diesen marktseitigen Entwicklungen ergebenden Chancen werden durch Synergie- und Skaleneffekte ergänzt, die der MATERNUS-Konzern durch den Verbund in der CURA Unternehmensgruppe erzielen kann. Hierzu zählen die Bündelung der Einkaufsvolumina, die Professionalisierung der Dienstleistungen, gemeinsame Nutzung der administrativen Bereiche und die einheitliche Entwicklung und Umsetzung von Qualitäts- und Leistungskonzepten. Zudem erreichen wir zusammen eine Größenklasse, die unsere Attraktivität als Arbeitgeber für qualifiziertes Personal steigen lässt.

Prognosebericht

Die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beherrschen weiterhin das konjunkturelle Umfeld und wirken auf die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Deutschland und in der Folge auf den Arbeitsmarkt. Jedoch zeichnet sich ein Aufwärtstrend ab. Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2010 mit einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,2 Prozent. Dabei wird die Stabilisierung des Bankensektors und insbesondere der Kreditvergabepolitik eine wichtige Rolle spielen. Bisher profitieren Unternehmen noch von einem geringen Inflationsdruck und der Niedrigzinspolitik der EZB. Bei einer raschen Wiederbelebung der Wirtschaft könnten diese Vorteile schnell aufgebraucht sein.

Die Gesundheitsbranche ist einer der größten Wachstumsbereiche in der deutschen Volkswirtschaft und zählt im Branchenvergleich zu den stabilsten Wirtschaftssektoren weltweit. Gestützt durch die demografische Entwicklung gehen wir daher auch künftig nicht von einem direkten Einfluss der Konjunktur auf die Entwicklung des deutschen Pflegemarktes aus. Die überalternde Gesellschaft

sorgt für eine konstante Nachfrage, jedoch wird der wachsende Wettbewerb unter den Anbietern die Konsolidierung des Pflegemarktes weiter intensivieren und den größeren Anbietern mit professionalisierten Strukturen neue Marktchancen eröffnen. Im Rehabilitationssektor ist ein Einfluss der gestiegenen Arbeitslosigkeit auf die Kapazitätsauslastung nicht auszuschließen, welchem wir mit der Etablierung neuer innovativer Leistungsfelder begegnen werden. Der MATERNUS-Konzern wird diese Chancen im Verbund in der CURA Unternehmensgruppe aktiv nutzen und auch weiterhin qualitativ und quantitativ wachsen.

Durch die bereits vorangetriebenen Maßnahmen zur Differenzierung der Angebotspalette sowie zur Professionalisierung von Strukturen und Abläufen konnten wir unsere Marktposition und wirtschaftliche Ertragskraft weiter stärken. Dabei wird das Pflegesegment weiterhin unsere zentrale Leistungs- und Ertragssäule sein. Durch die Anpassung der Zimmerstrukturen unserer Häuser, also die Einrichtung von mehr Einzel- und weniger Doppelzimmern, aber auch durch die Verstetigung unserer Instandhaltungsaktivitäten, werden wir das Unternehmen auf der Belegungs- und Leistungsseite marktgerecht aufstellen und damit Anschluss an unsere Wettbewerber halten. Die Verbesserung der Auslastung der beiden Rehabilitationskliniken wird zunehmend zu einem gesteigerten Konzernergebnis beitragen. Wir begegnen hier dem Erlösstrukturrisiko dadurch, dass die Basisleistungen im Bereich der Rehabilitation durch die Verstärkung der medizinischen Kompetenz in Zukunftsbereichen wie der Neurologie und VMO ersetzt werden. Die Professionalisierung der bewohnerfernen Dienstleistungen (Reinigung, Catering und Technik) im Rahmen der MATERNUS-RECATEC-Gesellschaften wird es uns ermöglichen, weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu heben. Nachdem in den letzten beiden Jahren die strategische Neuausrichtung des Konzerns im Vordergrund stand, ist nun auf dieser Basis die Nutzung von Marktchancen leichter und schneller möglich.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung sind exakte Prognosen nur bedingt möglich, dennoch geht der Vorstand für den Konzern von einer weiteren Umsatzsteigerung und Ergebnisverbesserung im Geschäftsjahr 2010 aus, was sich auch positiv auf die MATERNUS AG auswirken wird.

Angaben zur Vorstandsvergütung

Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem festen sowie einem mit der Erreichung festgelegter Ziele verbundenen variablen Bestandteil zusammen. Die Zielerreichung wird durch den Aufsichtsrat festgestellt. Darüber hinausgehende Vergütungen sind nicht vereinbart.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der MATERNUS AG für das Geschäftsjahr 2009 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MATERNUS AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der MATERNUS AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der MATERNUS AG im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Berlin, den 16. März 2010

MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Dietmar Meng

Götz Leschonsky



Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögenswerte		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.150,00	1.456,00
Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.165,00	37.018,00
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	77.657.158,17	77.657.158,17
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.325.396,30	0,00
	81.018.869,47	77.695.632,17
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	22.896.416,31	20.908.008,50
Sonstige Vermögensgegenstände	120.186,57	47.181,18
	23.016.602,88	20.955.189,68
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	10.214,66	178.852,52
	23.026.817,54	21.134.042,20
Rechnungsabgrenzungsposten	34.827,79	34.559,00
	104.080.514,80	98.864.233,37

PASSIVA	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	52.425.000,00	52.425.000,00
Kapitalrücklage	3.766.410,80	3.766.410,80
Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklage	714.573,31	714.573,31
Bilanzverlust	-6.461.937,50	-19.921.065,40
	50.444.046,61	36.984.918,71
Rückstellungen		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.136.989,00	2.306.117,00
Sonstige Rückstellungen	2.295.200,00	7.176.900,00
	4.432.189,00	9.483.017,00
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.654.757,45	2.243.128,27
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	220.739,87	312.533,62
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47.011.416,10	49.432.664,55
Sonstige Verbindlichkeiten	317.365,77	407.971,22
	49.204.279,19	52.396.297,66
	104.080.514,80	98.864.233,37

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2009

	2009 €	2008 €
Sonstige betriebliche Erträge	878.270,36	4.753.105,34
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-810.979,82	-1.167.630,11
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-262.372,18	-359.155,98
Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-16.863,72	-28.609,66
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	-1.876.129,22	-3.251.345,44
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.224.525,46	-10.897.712,31
Erträge aus Beteiligungen	5.799.089,71	2.408.976,75
davon aus verbundenen Unternehmen:		
5.799.089,71 € (Vorjahr: 2.408.976,75 €)		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.503.752,26	2.317.505,44
davon aus verbundenen Unternehmen:		
2.433.689,78 € (Vorjahr: 2.247.442,96 €)		
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-800,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.228.960,46	-1.587.952,80
davon an verbundene Unternehmen:		
2.201.670,48 € (Vorjahr: 1.575.104,70 €)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	760.481,47	-7.812.818,77
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-0,10
Außerordentliche Erträge / Außerordentliches Ergebnis	12.698.262,64	0,00
Sonstige Steuern	383,79	163.242,28
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (-)	13.459.127,90	-7.649.576,59
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-19.921.065,40	-12.271.488,81
Bilanzverlust	-6.461.937,50	-19.921.065,40

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2009

	Anschaffungskosten			31.12.09 €
	01.01.09 €	Zugänge €	Abgänge €	
Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	217.651,81 (217.651,81)	11.696,90 (0,00)	0,00 (0,00)	229.348,71 (217.651,81)
	217.651,81 (217.651,81)	11.696,90 (0,00)	0,00 (0,00)	229.348,71 (217.651,81)
Sachanlagevermögen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	256.798,98 (239.986,32)	3.007,82 (16.812,66)	0,00 (0,00)	259.806,80 (256.798,98)
	256.798,98 (239.986,32)	3.007,82 (16.812,66)	0,00 (0,00)	259.806,80 (256.798,98)
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	120.466.531,84 (120.466.531,84)	800,00 (0,00)	0,00 (0,00)	120.467.331,84 (120.466.531,84)
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	39.490.599,98 (39.490.599,98)	3.325.396,30 (0,00)	0,00 (0,00)	42.815.996,28 (39.490.599,98)
	159.957.131,82 (159.957.131,82)	3.326.196,30 (0,00)	0,00 (0,00)	163.283.328,12 (159.957.131,82)
	160.431.582,61 (160.414.769,95)	3.340.901,02 (16.812,66)	0,00 (0,00)	163.772.483,63 (160.431.582,61)

Vorjahreswerte in Klammern

01.01.09 €	Abschreibungen		31.12.09 €	Buchwerte	
	Zugänge €	Abgänge €		31.12.09 €	31.12.08 €
216.195,81 (208.562,81)	2.002,90 (7.633,00)	0,00 (0,00)	218.198,71 (216.195,81)	11.150,00	1.456,00
216.195,81 (208.562,81)	2.002,90 (7.633,00)	0,00 (0,00)	218.198,71 (216.195,81)	11.150,00	1.456,00
219.780,98 (198.804,32)	14.860,82 (20.976,66)	0,00 (0,00)	234.641,80 (219.780,98)	25.165,00	37.018,00
219.780,98 (198.804,32)	14.860,82 (20.976,66)	0,00 (0,00)	234.641,80 (219.780,98)	25.165,00	37.018,00
42.809.373,67 (42.809.373,67)	800,00 (0,00)	0,00 (0,00)	42.810.173,67 (42.809.373,67)	77.657.158,17	77.657.158,17
39.490.599,98 (39.490.599,98)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	39.490.599,98 (39.490.599,98)	3.325.396,30	0,00
82.299.973,65 (82.299.973,65)	800,00 (0,00)	0,00 (0,00)	82.300.773,65 (82.299.973,65)	80.982.554,47	77.657.158,17
82.735.950,44 (82.707.340,78)	17.663,72 (28.609,66)	0,00 (0,00)	82.753.614,16 (82.735.950,44)	81.018.869,47	77.695.632,17

Anhang zum 31. Dezember 2009

Allgemeine Erläuterungen

Der Anhang des Jahresabschlusses der MATERNUS-Kliniken AG wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB und des AktG aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind unverändert beibehalten worden.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen sowie Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bewertet. Geringwertige Anlagegüter werden im Geschäftsjahr entsprechend den steuerlichen Regelungen abgeschrieben.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch Wertberichtigungen Rechnung getragen. Die liquiden Mittel sind zum Nennwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt unter Verwendung der 2005 G Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 6,0 Prozent und unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 6a EStG nach dem Teilwertverfahren.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist gesondert dargestellt. Die Angaben zu Beteiligungen nach § 285 Nr. 11 HGB werden gesondert in einer Aufstellung über den Anteilsbesitz gemacht.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr belaufen sich auf € 0 (Vorjahr: T€ 0). Die Forderungen gegen Hauptschuldner aus dem Bereich Rehabilitation wurden bis zum 31. Dezember 2008 vollständig wertberichtigt. Infolge der maßgeblichen Verbesserung der Ertragslage der MATERNUS KG wurden im Geschäftsjahr 2009 neu entstandene Forderungen in Höhe von 1.899 T€ nicht wertberichtigt.

Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der MATERNUS AG beträgt derzeit 52.425.000 €. Es ist eingeteilt in 20.970.000 auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennwert (Stückaktien) mit einem derzeitigen anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,50 € je Aktie. Sämtliche Aktien der Gesellschaft lauten auf den Inhaber und sind voll eingezahlt. Die Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ausgestattet. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen der Gesellschaft nach Anteilen am Grundkapital auf ihre Aktien verteilt.

Die Gesellschaft hält derzeit keine eigenen Aktien.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 12. Juli 2006 ermächtigt, bis zum 12. Juli 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer nennbetragsloser, auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Sach- oder Bareinlagen um bis zu insgesamt 26.212.500 € zu erhöhen und den Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Dabei ist der Vorstand ermächtigt, über einen Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu entscheiden.

Der Ausschluss des Bezugsrechts ist jedoch nur in folgenden Fällen zulässig:

- für Spitzenbeträge
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung den Betrag von 5.242.500 € nicht übersteigt und der Ausgabebetrag den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrags nicht wesentlich unterschreitet
- zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder Teilen daran, beim Erwerb von mit einem solchen Vorhaben in Zusammenhang stehenden Wirtschaftsgütern oder zum Erwerb von sonstigen Sacheinlagen

Börsenzulassung

Alle insgesamt 20.970.000 Aktien der Gesellschaft sind zum Handel im Regulierten Markt (General Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse, an der Börse Düsseldorf sowie an der Börse Berlin-Bremen zugelassen. Darüber hinaus werden sämtliche Aktien der Gesellschaft im Freiverkehr an den Börsen Stuttgart, Hamburg und München sowie im elektronischen Handelssystem XETRA gehandelt.

Stimmrechte

Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Form, Verbriefung und Handel

Sämtliche Aktien der Gesellschaft werden als auf den Inhaber lautende Aktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) ausgegeben. Form und Inhalt der Aktienurkunden bestimmt der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat. Die Gesellschaft kann einzelne Aktien in Aktienurkunden zusammenfassen, die eine Mehrzahl von Aktien verbiefen (Globalurkunden, Globalaktien). Ein Anspruch der Aktionäre auf Einzelverbiefung von Aktien ist gemäß § 4 Abs. 3 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft ausgeschlossen. Zahl- und Hinterlegungsstelle ist die Commerzbank AG, Jürgen-Ponto-Platz 1, 60329 Frankfurt am Main. Die Aktien sind zum amtlichen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse unter den folgenden Daten notiert: International Securities Identification Number (ISIN): DE0006044001, Wertpapierkennnummer (WKN): 604400, Börsenkürzel: MAK.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen drohende Verluste aus der Inanspruchnahme aus Patronatserklärungen in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 3,2 Mio. €), etwaige Risiken aus Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 330 T€ (Vorjahr: 312 T€) sowie drohende Inanspruchnahmen aus Bürgschaften in Höhe von 0 Mio. € (Vorjahr: 2,7 Mio. €).

In Höhe von 181 T€ (Vorjahr: 260 T€) bestehen Rückstellungen aus Verpflichtungen gegenüber Personal.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen 268 T€ (Vorjahr: 310 T€) auf Steuern und 0 T€ (Vorjahr: 1 T€) auf soziale Sicherheit.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die folgende Übersicht stellt die Patronatserklärungen bzw. Schuldbeitritte der MATERNUS AG dar, die insbesondere auf Miet- und Pachtverhältnisse entfallen. Angegeben sind jeweils Jahresmieten:

	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Seniorenwohnpark VI Investitions- und Betriebs GmbH	695	695
TLG Immobilien GmbH	180	180
Immoterra X. Grundbesitz- & Projektgesellschaft mbH (vormals: Projekta Sozialimmobilien GmbH)	681	681
SWH Buchholz GmbH & Co. KG	695	695
SW Dresdner Hof Leipzig KG	705	705
Sechste Monti Immobiliengesellschaft mbH & Co. KG (vormals: Thesaurus GmbH & Co. KG)	918	918
Seniorenresidenz Stadtoldendorf GmbH & Co. KG	1.105	1.105
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG	608	608
MEDICO-Management & Service GmbH & Co. Senioren-Pflegeheim KG	1.841	1.841
Summe Patronatserklärungen bzw. Schuldbeitritte aus Miet- und Pachtverhältnissen	7.428	7.428
BFS Service GmbH	-	300
MMV Leasing GmbH	4	4
Landkreis Helmstedt	-	511
HSH Nordbank AG	20.000	20.000
	27.432	28.243

Darüber hinaus bestehen folgende, nicht direkt quantifizierbare Patronatserklärungen:

Die MATERNUS AG verpflichtet sich mit der Patronatserklärung vom 31. Dezember 2003 dafür Sorge zu tragen, die Senioren- und Pflegezentrum Bonifatius GmbH finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihren Verpflichtungen gegenüber allen Gläubigern nachzukommen.

Die MATERNUS AG verpflichtet sich gegenüber der Altenheim KG in der Patronatserklärung vom 31. Dezember 2001 dafür Sorge zu tragen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die MATERNUS Senioren- und Pflegezentrum Dresdner Hof GmbH, Berlin, finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihren Verpflichtungen der Altenheim KG gegenüber nachzukommen.

Die MATERNUS AG verpflichtet sich mit der Patronatserklärung vom 31. Dezember 2004 dafür Sorge zu tragen, die Altenpflegeheim An den Salinen GmbH finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihren Verpflichtungen gegenüber allen Gläubigern nachzukommen.

Die MATERNUS AG verpflichtet sich mit der Patronatserklärung vom 31. Dezember 2004 dafür Sorge zu tragen, die Seniorenresidenz Unter der Homburg GmbH finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihren Verpflichtungen gegenüber allen Gläubigern nachzukommen.

Als Sicherheit für die Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites zum 31. Dezember 2009 in Höhe von 1.654 T€ sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen der Altenheim-Gruppe an die Sparkasse Rhein-Haardt abgetreten.

Aus Miet-/Leasingverträgen ergeben sich sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

	im Folgejahr T€	im 2. bis 5. Jahr T€	nach 5 Jahren T€
31.12.2009	11	10	0
31.12.2008	10	0	0

Im Geschäftsjahr 2009 bestehen diverse Leasingverträge für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Diese Miet- und Leasinggeschäfte dienen der mittelfristigen Verbesserung der Liquiditätssituation und der Verbesserung der Eigenkapitalquote. Der Bruttobetrag für die außerbilanziellen Geschäfte beträgt für das Jahr 2010 voraussichtlich 11 T€. Weitere Vorteile bestehen in der kurzen Vertragsbindung, da die Ausstattung bei eintretendem technischem Fortschritt ausgetauscht werden kann. Risiken bestehen in der unkündbaren Grundmietzeit sowie den prinzipiell höheren Refinanzierungskosten.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz, der der Gesellschaft gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB zuzurechnen ist, wird nach § 287 HGB in einer gesonderten Aufstellung angegeben, die im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht wird.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 118 T€ (Vorjahr: 2.141 T€). Im Vorjahr betrafen davon 2.068 T€ die Auflösung von Haftungsrisiken, die im Geschäftsjahr 2009 in Höhe von 1.050 T€ unter den außerordentlichen Erträgen ausgewiesen werden.

Personalaufwand

Von dem Betrag „Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung“ entfallen 164 T€ (Vorjahr: 5 T€) auf Altersversorgung.

Erträge aus Beteiligungen

Der Posten betrifft wie im Vorjahr vollständig Beteiligungserträge aus verbundenen Unternehmen.

Abschreibungen

Gegenüber der Bayerwald KG mussten Finanzforderungen in Höhe von 1.876 T€ (Vorjahr: 1.000 T€) abgeschrieben werden. Gegenüber der MEDICO I wurden Forderungen in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 2.115 T€) abgeschrieben.

Ferner wurden die Anschaffungskosten von Anteilen an der MEDICO I von 1 T€ in der MATERNUS AG voll abgeschrieben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 3.225 T€ (Vorjahr: 10.898 T€). Die Verringerung ist im Wesentlichen auf nicht mehr notwendige überschuldungsbeseitigende Maßnahmen zu Gunsten der MATERNUS KG sowie der Bayerwald KG zurückzuführen.

Außerordentliche Erträge / Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert weitgehend aus dem Ankauf von Forderungen von MEDICO I gegenüber der MATERNUS KG. In diesem Zusammenhang konnten Rückstellungen für Bürgschaften in Höhe von 2.676 T€, Verbindlichkeiten in Höhe von 4.290 T€ sowie Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von 4.682 T€ aufgelöst werden. Darüber hinaus konnten Rückstellungen in Höhe von 1.050 T€ aus einer Patronatserklärung zugunsten der Bayerwald KG aufgelöst werden.

Steuern

Die sonstigen Steuern betreffen Kfz-Steuern. Im Vorjahr war noch die Auflösung von Steuerrückstellungen für Umsatzsteuer in Höhe von 165 T€ enthalten.

Sonstige Angaben

Die FIDES Treuhandgesellschaft KG erhält im Rahmen der Abschlussprüfung ein Honorar in Höhe von 44 T€ (Vorjahr: 41 T€). Daneben wurden weitere Leistungen in Höhe von 6 T€ (Vorjahr: 10 T€) erbracht.

Corporate-Governance-Kodex

Im April 2009 haben die Vorstände ihre Entsprechenserklärungen nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären wie folgt dauerhaft zugänglich gemacht:

Gesellschaft	Entsprechens- erklärung vom	dauerhaft zugänglich
MATERNUS AG	April 2009	www.maternus.de

Gesellschafter

Der Gesellschaft ist das Bestehen folgender Beteiligungen am Grundkapital mitgeteilt worden:

- CURA 12: 79,45 Prozent
- CURA GmbH: 2,25 Prozent

Mitarbeiter

Die MATERNUS AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2009 im Durchschnitt 14 Angestellte (Vorjahr: 14).

Genehmigung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss soll am 12. April 2010 durch den Aufsichtsrat genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben werden.

Mitglieder des Aufsichtsrats und Mitglieder des Vorstands

Dem Aufsichtsrat der MATERNUS AG gehören je sechs Personen der Anteilseigner und der Arbeitnehmer an. Wir verweisen hierzu auf das Kapitel „Aufsichtsrat und Vorstand“.

Angaben nach § 285 Nr. 9 HGB

Die Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder betragen 1.676 T€ (Vorjahr: 1.803 T€). Die Bezüge des Vorstands betragen in der Gesamtsumme 245,2 T€ (Vorjahr: 281 T€) für das Berichtsjahr. Diese teilt sich wie folgt auf:

- Herr Dietmar Meng: Feste Vergütung: 108 T€ (Vorjahr: 108 T€), erfolgsabhängige Vergütung: 20 T€ (Vorjahr: 20 T€);
- Herr Götz Leschonsky: Feste Vergütung: 97,2 T€ (Vorjahr: 84 T€), erfolgsabhängige Vergütung: 20 T€ (Vorjahr: 20 T€)
- Herr Johannes Assfalg (bis 28. Februar 2008): Feste Vergütung: 0 T€ (Vorjahr: 31 T€), erfolgsabhängige Vergütung: 0 T€ (Vorjahr: 0 T€)
- Herr Oliver Mathes (bis 31. Januar 2008): Feste Vergütung: 0 T€ (Vorjahr: 18 T€), erfolgsabhängige Vergütung: 0 T€ (Vorjahr: 0 T€)

Weitere Leistungen oder Vergütungen sind nicht vereinbart oder gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt im Geschäftsjahr 2009 für die Wahrnehmung seiner Aufgaben in der Muttergesellschaft und in den Tochtergesellschaften Vergütungen in Höhe von 68 T€ (im Vorjahr: 68 T€).

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten gemäß der Satzung eine feste Vergütung, die 5.000 € für jedes Mitglied, 7.500 € für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden und 10.000 € für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats ausmacht. Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder enthält keinen variablen Bestandteil.

Angaben zu Geschäften gemäß § 15a WpHG

Von Vorstand und Aufsichtsrat sind im Geschäftsjahr 2009 keine Erwerbe oder Veräußerungen von Aktien der Gesellschaft gemäß § 15 a WpHG, so genannte Directors' Dealings, durch sie oder durch ihnen nahe stehende Personen mitgeteilt worden.

Vergütung des Aufsichtsrats

	2009 T€
Bernd Günther	10,0
Sylvia Bühler	7,5
Karl Ehlerding	5,0
Herbert Fischer	5,0
Wolfgang Lemmer	5,0
Marion Leonhardt	5,0
Elfriede Molzahn-Görllich	5,0
Sven Olschar	5,0
Mario Ruano-Wohlers	5,0
Prof. Dr. Werner Schaffer	5,0
Roland Sing	5,0
Sylvia Wohlers de Meie	5,0

Im Geschäftsjahr wurden keine Vorschüsse, Kredite, Bürgschaften oder Gewährleistungen an Mitglieder des Vorstands oder Aufsichtsrats gewährt.

Beratungsleistungen

Von den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 2009 keine entgeltlichen Beratungsleistungen erbracht.

Ergebnisverwendungsvorschlag des Vorstands

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 13.459.127,90 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 7.649.576,59 €) mit dem Verlustvortrag zu verrechnen. Der entstehende Bilanzverlust in Höhe von 6.461.937,50 € (Vorjahr: 19.921.065,40 €) soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Konzernzugehörigkeit

Der Jahresabschluss der MATERNUS AG wird in den Konzernabschluss der CURA Kurkliniken, Seniorenwohn- und Pflegeheime GmbH, Hamburg, einbezogen, der im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt wird.

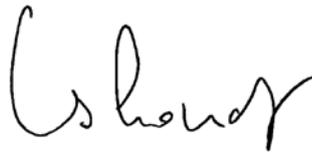
Berlin, den 16. März 2010

MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dietmar Meng



Götz Leschonsky

Aufsichtsrat und Vorstand

Aufsichtsrat

Bernd Günther, Hamburg (Vorsitzender)

Kaufmann

Aufsichtsratsmandate:

- Vorsitzender des Aufsichtsrats der H & R WASAG AG, Salzbergen
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der Maschinenfabrik HEID AG, Stockerau, Österreich
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG, Hamburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der REAL AG, Kelkheim
- Mitglied des Aufsichtsrats der Kremlin AG, Hamburg (bis 26.06.2009)
- Mitglied des Aufsichtsrats der Patrio Plus AG, Hamburg (ab 10.08.2009)

Sylvia Bühler, Düsseldorf * (stellvertretende Vorsitzende)

Gewerkschaftssekretärin ver.di

Aufsichtsratsmandate:

- Mitglied des Aufsichtsrats der Rhön-Klinikum AG, Bad Neustadt /Saale

Karl Ehlerding, Hamburg

Geschäftsführer der KG erste „Hohe Brücke 1“ Verwaltungs GmbH & Co.

Aufsichtsratsmandate:

- Mitglied des Aufsichtsrats der Klöckner-Werke AG, Duisburg
- Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Real Estate Aktiengesellschaft, Bremerhaven (bis 08.07.2009)
- Mitglied des Aufsichtsrats der KHS AG, Dortmund
- Mitglied des Aufsichtsrats der WCM Beteiligungs- und Grundbesitz AG, Frankfurt/Main
- Mitglied des Aufsichtsrats der Salzgitter AG, Salzgitter

Vergleichbare Mandate:

- Beirat der Deutsche Bank AG – Nord, Hamburg

Herbert Fischer, Essen *

Altenpfleger

Wolfgang Lemmer, Kerpen *

Dipl.-Sozialarbeiter

Marion Leonhardt, Berlin *

Gewerkschaftssekretärin ver.di

Elfriede Molzahn-Görlich, Bad Salzuflen *

Beschäftigungstherapeutin

Sven Olschar, Leipzig *

Examinierter Altenpfleger

Mario Ruano-Wohlers, Berlin

Jurist

Aufsichtsratsmandate:

- Vorsitzender des Aufsichtsrats der YMOS AG, Obertshausen

Prof. Dr. rer. pol. Werner Schaffer, Urbar

Steuerberater / Unternehmensberater / Dozent

Aufsichtsratsmandate:

- Vorsitzender des Aufsichtsrats der Magnat Opportunities GmbH & Co. KGaA, Frankfurt/Main
- Vorsitzender des Aufsichtsrats der SQUADRA Immobilien GmbH & Co. KGaA, Frankfurt/Main

Roland Sing, Leinfelden-Echterdingen**Aufsichtsratsmandate:**

- Mitglied des Aufsichtsrats der Spirit AG 21, Böblingen (bis 04.05.2009)
- Mitglied des Aufsichtsrats der EMDS AG, Stuttgart

Vergleichbare Mandate:

- Vorsitzender des Aufsichtsrats der Hegau-Jugendwerk GmbH, Gailingen

Sylvia Wohlers de Meie, Wien (Österreich)

Diplomatin / Botschaftsrätin

Aufsichtsratsmandate:

- Mitglied des Aufsichtsrats der YMOS AG, Obertshausen

* Arbeitnehmervertreter

Vorstand**Dietmar Meng, Berlin**

(Vorstandsvorsitzender)

Götz Leschonsky, Berlin

Anteilsbesitzliste MATERNUS-Kliniken AG

Der Anteilsbesitz betrifft folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaften zum 31.12.2009	Beteili- gungs- anteil in %	Eigen- kapital in T€	Ergebnis 2009 in T€	Ergebnis 2008 in T€
MATERNUS-Klinik für Rehabilitation GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen ¹⁾	92,4	-23.668	26	3.347
MEDICO-Klinik-Immobilien GmbH & Co. Klinik Immobilien-Beteiligungs KG, Bad Oeynhausen	90,8	85	-1.123	1.079
MATERNUS-Klinik-Verwaltungs-GmbH, Bad Oeynhausen	100,0	311	16	19
MATERNUS-Management & Service GmbH, Berlin ⁵⁾	100,0	62	-21	1
Bayerwald-Klinik GmbH & Co. KG, Cham	100,0	-12.434	-1.954	-1.179
Bayerwald-Klinik Geschäftsführungs-GmbH, Cham ⁵⁾	100,0	58	4	4
MEDICO-Management & Service GmbH, Berlin ²⁾	92,4	180	-45	15
MATERNUS-Altenheim GmbH & Co. KG, Berlin ³⁾	100,0	86	5.193	1.586
MATERNUS-Altenheim Verwaltungs GmbH & Co. KG, Berlin	100,0	14.082	5.105	1.570
Altenpflegeheim Angelikastift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	164	80	9
Altenpflegeheim An den Salinen GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	51	54	0
Altenpflegeheim Kapellenstift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	15	0	0
Alten- und Pflegeheim Katharinenstift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	36	7	0
Altenpflegeheim Sankt Christophorus GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	93	0	0
Alten- und Pflegeheim Angelika-Stift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	166	52	0
Alten- und Pflegeheim Barbara-Uttmann-Stift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	89	25	0
Alten- und Pflegeheim Christinen-Stift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	133	51	2
Pflegezentrum Maximilianstift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	117	23	13
MATERNUS Senioren- und Pflegezentrum GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	158	15	0
MATERNUS Senioren- und Pflegezentrum Dresdner Hof GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	182	34	0
MATERNUS Seniorenwohnanlage Köln-Rodenkirchen GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	431	0	0
Rodenkirchen City-Center Grundstücks- und Handelsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Bad Oeynhausen ⁶⁾	100,0	17.446	594	812
Seniorenresidenz Unter der Homburg GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	-53	15	0
Senioren- und Pflegezentrum Bonifatius GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	71	0	4
Senioren- und Pflegezentrum Christophorus GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	82	31	24

Gesellschaften zum 31.12.2009	Beteili- gungs- anteil in %	Eigen- kapital in T€	Ergebnis 2009 in T€	Ergebnis 2008 in T€
MATERNUS Altenheim Beteiligungs GmbH, Berlin	100,0	73	2	7
Pflege- und Therapiezentrum Wendhausen GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	936	829	0
Wohn- und Pflegeheim Salze-Stift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	162	50	11
MATERNUS-Stift GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	25	0	0
MATERNUS-Stift Am Auberg GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	86	62	0
MATERNUS Senioren- und Pflegezentrum Am Steuerndieb GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	21	0	0
MATERNUS Hausnotrufdienst GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	16	0	-9
MATERNUS RECA TEC Mitte Dienstleistungs GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	25	0	0
MATERNUS RECA TEC West Dienstleistungs GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	25	0	0
MATERNUS RECA TEC Süd Dienstleistungs GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	25	0	0
MATERNUS RECA TEC Ost Dienstleistungs GmbH, Berlin ⁴⁾	100,0	25	0	0
Rocy-Verwaltungs GmbH, Langenhagen	100,0	36	3	3
YMOS Immobilien GmbH & Co. KG, Langenhagen ⁴⁾	100,0	180	0	6
YMOS Rodenkirchen Immobilien GmbH & Co. KG, Langenhagen ⁷⁾	100,0	121	-3	0

- 1) einschließlich 0,75 Prozent indirekter Anteile über die MEDICO-Klinik-Immobilien GmbH & Co. Klinik Immobilien-Beteiligungs KG, Bad Oeynhausen (treuhändisch gehalten für die MATERNUS-Klinik-Verwaltungs GmbH)
- 2) indirekte Beteiligung über MATERNUS-Klinik für Rehabilitation GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen
- 3) einschließlich 98 Prozent indirekter Beteiligung über MATERNUS-Altenheim Verwaltungs GmbH & Co. KG, Berlin
- 4) indirekte Beteiligung über MATERNUS-Altenheim GmbH & Co. KG, Berlin
- 5) indirekte Beteiligung über Bayerwald-Klinik GmbH & Co. KG, Cham
- 6) indirekte Beteiligung über Rocy-Verwaltungs GmbH, Langenhagen
- 7) indirekte Beteiligung über Rodenkirchen City-Center Grundstücks- und Handelsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Bad Oeynhausen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss bestehend aus Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie Anhang unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der MATERNUS Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

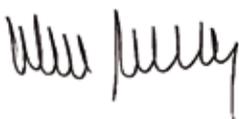
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens, Finanz und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz und Ertragslage der Gesellschaft.

Bremen, den 23. März 2010

FIDES Treuhandgesellschaft KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft



(Prof. Dr. von Ahsen)
Wirtschaftsprüfer



(de Witt)
Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

Bayerwald KG	Bayerwald-Klinik GmbH & Co. KG, Cham
CURA 12	CURA 12. Seniorenzentrum GmbH, Hamburg
CURA GmbH	CURA Kurkliniken, Seniorenwohn- und Pflegeheime GmbH, Hamburg
MATERNUS AG	MATERNUS-Kliniken Aktiengesellschaft, Berlin
MATERNUS KG	MATERNUS-Klinik für Rehabilitation GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen
MEDICO I	MEDICO-Klinik-Immobilien GmbH & Co. Klinik-Immobilien-Beteiligungs Kommanditgesellschaft, Bad Oeynhausen
MEDICO III	MEDICO-Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Bayerwald-Klinik KG, Hannover

Impressum

Herausgeber

MATERNUS-Kliniken AG
Französische Straße 53 - 55
10117 Berlin
Deutschland

Telefon: +49 30 65 79 80 - 0
Telefax: +49 30 65 79 80 - 500

E-Mail: info@maternus.de
www.maternus.de

Investor Relations

cometis AG
Unter den Eichen 7
65195 Wiesbaden
Deutschland

Telefon: +49 611 20 58 55 - 0
Telefax: +49 611 20 58 55 - 66

E-Mail: info@cometis.de
www.cometis.de

Konzept, Redaktion, Layout & Satz:

cometis AG

Als digitale Version stehen der vorliegende Geschäftsbericht der MATERNUS-Kliniken AG sowie die Zwischenberichte jeweils im Internet unter www.maternus.de zur Verfügung.

Zukunftsgerichtete Aussagen und Prognosen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Erfahrungen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen. Zu diesen Risikofaktoren gehören insbesondere die im Risikobericht auf den Seiten 24 bis 29 genannten Faktoren. Wir übernehmen keine Verpflichtung, die in diesem Bericht gemachten zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.



MATERNUS-Kliniken AG
Französische Straße 53 - 55
10117 Berlin